

WEIL ES UM DICH GEHT.

Wahlprogramm der SPD Baden-Württemberg
für die Landtagswahl 2026

SPD

Inhalt

IMPRESSUM UND KONTAKT

SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart

TEL.: 0711 619 360
MAIL: bawue@spd.de
WEBSITE: www.spd-bw.de

1. PRÄAMBEL: WEIL ES UM DEN MENSCHEN GEHT, WENN ES UM POLITIK GEHT.	4
2. WIRTSCHAFT & ARBEIT: WEIL DER MENSCH KEIN KOSTENFAKTOR IST.	6
2.1 Wirtschaft	7
2.2 Arbeit	10
3. BILDUNG: WEIL ALLE GLEICHE CHANCEN VERDIENEN.	12
4. WOHNEN: WEIL JEDER MENSCH EIN ZUHAUSE BRAUCHT.	16
5. GESUNDHEIT UND PFLEGE: WEIL JEDER MENSCH EIN RECHT AUF PFLEGE HAT.	20
6. FAMILIEN, SOZIALES, GLEICHSTELLUNG: WEIL NIEMAND ZURÜCKGELASSEN WERDEN DARF.	24
6.1 Familien stärken	25
6.2 Soziale Teilhabe	26
6.3 Gleichstellung	27
6.4 Queeres Leben in BW	28
7. INNERES, MIGRATION & JUSTIZ: WEIL ALLE MENSCHEN SCHUTZ UND GERECHTIGKEIT BRAUCHEN.	30
7.1 Inneres	31
7.2 Migration & Integration	33
7.3 Justiz	34
8. UMWELT, KLIMA, ENERGIE UND MOBILITÄT: WEIL JEDER MENSCH DAS RECHT AUF EINE LEBENSWERTE ZUKUNFT HAT.	36
8.1 Umwelt, Klima und Energie	37
8.2 Mobilität	40
9. DIGITALISIERUNG: WEIL KEIN MENSCH ABGEHÄNGT WERDEN DARF.	42
10. WISSENSCHAFT & FORSCHUNG: WEIL MENSCHEN NICHT ZU VIEL WISSEN KÖNNEN.	46
11. KULTUR & SPORT: WEIL DER MENSCH MENSCHEN BRAUCHT.	50
11.1 Kultur	51
11.2 Sport	52
12. MITBESTIMMUNG & MITEINANDER: WEIL JEDER EINZELNE MENSCH EUROPA AUSMACHT.	54
12.1 Kommunen & ländlicher Raum	55
12.2 Europa und Internationales	57

Präambel

WEIL ES UM DEN MENSCHEN GEHT, WENN ES UM POLITIK GEHT.

Politik ist für die Menschen da. Doch allzu oft wird sie diesem Anspruch nicht gerecht. Statt das Leben der Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, verliert sich das politische Geschäft in abstrakten Debatten, Zahlenspielen und Bürokratie. **Wir als SPD wollen das ändern. Denn wenn es um Politik geht, geht es um euch.**

Es geht um ein Baden-Württemberg, in dem wir alle gut und gerne leben. Ein Land, in dem sichere Arbeitsplätze nicht die Ausnahme sind. Ein Land, in dem Wohnen bezahlbar ist und Bildung allen die gleichen Chancen eröffnet. Ein Land, in dem das Gesundheitssystem wirklich für die Menschen da ist.

Doch die Realität sieht anders aus. Unter der grün-schwarzen Landesregierung ist Baden-Württemberg von einer Erfolgsgeschichte zu einem Land mit wachsenden Problemen geworden. Werksschließungen, Unsicherheit, Zukunftsängste: Immer wieder erreichen uns Nachrichten über tausende gefährdete Arbeitsplätze. Der Unterrichtsausfall an unseren Schulen ist auf Rekordniveau. In vielen Teilen des Landes ist inzwischen die medizinische Versorgung gefährdet.

Für uns als SPD ist klar: Politik darf nicht in Milliardenpaketen enden – sie muss spürbar im Geldbeutel der Menschen ankommen. Wir stehen an der Seite jener, die früh aufstehen, hart arbeiten und ihre Familien durchbringen – und dabei allzu oft vergessen werden.

Weil der Mensch kein Kostenfaktor ist.

Die Menschen in Baden-Württemberg sind fleißig, kreativ und voller Ideen. Sie sind unsere Stärke – und sie dürfen nicht länger die Zeche für globale Krisen zahlen. Doch die Transformation der Wirtschaft wird derzeit einseitig auf dem Rücken der Arbeitnehmer:innen ausgetragen. Damit muss Schluss sein. Wir Sozialdemokrat:innen stehen für eine Landesregierung, die sich kümmert – um die Menschen. Und wir kämpfen um jeden einzelnen Arbeitsplatz. Gerade in schwierigen Zeiten müssen Land und Wirtschaft gemeinsam Verantwortung übernehmen. Wenn Betriebe schließen, Standorte gefährdet sind und Arbeitsplätze verloren gehen, reicht kein wohlklingendes Bekenntnis zur „Standortattraktivität“. Mit uns gilt: Keine staatliche Unterstützung ohne klare Zusagen. Investitionen, Förderungen und Hilfen für Unternehmen gibt es nur, wenn zugleich Standorte und Arbeitsplätze gesichert werden.

Weil alle Menschen gleiche Chancen verdienen.

Für die SPD gilt: Es darf nicht entscheidend sein, woher du kommst, sondern wohin du willst. Deshalb kämpfen wir für gebührenfreie Bildung – von der Kita bis zum höchsten Bildungsabschluss, ob Master oder Meister. Die Talente von morgen brauchen starke Schulen. Doch stattdessen erleben Kinder und Jugendliche in Baden-Württemberg täglich Unterrichtsausfall, überlastete Lehrkräfte und fehlende Kita-Plätze. Ein Klassenzimmer ohne Lehrkraft ist kein Ort der Zukunft. Deshalb fordern wir eine gesetzliche Unterrichtsgarantie – damit Unterrichtsausfall endlich der Vergangenheit angehört.

Weil jeder Mensch ein Zuhause braucht.

Bezahlbarer Wohnraum ist die Gerechtigkeitsfrage unserer Zeit. Die Mieten steigen rasant – selbst in ländlichen Regionen. Wohnen darf kein Luxus sein. Wir als SPD sagen: Wohnen ist ein Grundrecht. Niemand darf daran scheitern, in der Nähe des Arbeitsplatzes oder der Uni eine bezahlbare Wohnung zu finden. Hohe Mieten gefährden nicht nur Existenzen, sie rauben auch Chancen. Wenn fünf der zehn teuersten Universitätsstädte in Deutschland in Baden-Württemberg liegen, dann kostet Wohnen nicht nur Geld – es kostet Zukunft.

Weil jeder Mensch ein Recht auf Gesundheit und Würde hat.

Wenn Menschen monatelang auf Arzttermine warten müssen, Pflegekräfte aufgeben und Notfallpraxen schließen, zeigt das: Die Gesundheit steht nicht mehr im Mittelpunkt. Wir als SPD wollen das ändern – mit massiven Investitionen in Pflegeplätze, Krankenhäuser und mit besseren Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte.

Unser Ziel ist ein Baden-Württemberg, das wieder Mut macht: Ein Land, in dem Ideen Gestalt annehmen können. Ein Land, in dem Zusammenhalt stärker ist als die Angst vor Veränderung. In dem niemand zurückgelassen wird und jede Stimme zählt. Ein Land, in dem Chancen nicht vom Geldbeutel abhängen.

Unsere Politik ist nahbar, entschlossen und immer am Menschen orientiert. Weil es um den Menschen geht, wenn es um Politik geht. Das ist mehr als ein Wahlspruch. Es ist unser Versprechen an die Menschen in Baden-Württemberg. Dafür bitten wir um eure Stimme bei der Landtagswahl am 8. März 2026.

Wirtschaft & Arbeit

2.1 Wirtschaft

Wir bringen Baden-Württemberg wieder an die Spitze.

Den fleißigen und kreativen Menschen in Baden-Württemberg haben wir unsere wirtschaftlichen Erfolge zu verdanken. Sie bringen Baden-Württemberg an die Weltspitze. Das Land bleibt stark, wenn Menschen gern hier arbeiten und gut verdienen. Deshalb kämpfen wir für die Arbeitnehmer:innen in diesem Land, für jeden Arbeitsplatz und jede Produktionsstätte.

Baden-Württemberg ist einer der stärksten Wirtschafts- und Industriestandorte in Europa. Unsere Schlüsselindustrien im Maschinen- und Anlagenbau, der Automobilsektor, die chemisch-pharmazeutische Industrie, unsere mittelständischen Familienunternehmen, der Einzelhandel und unser Handwerk spielen in der obersten Liga. Diesen Spitzenplatz wollen wir sichern und ausbauen.

Denn Baden-Württemberg ist in den vergangenen Jahren abgerutscht und mitunter Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum unter allen Bundesländern. Wir werden unser Land wieder dahinbringen, wo es hingehört: an die Spitze. Wir sind überzeugt, dass das nur mit den Arbeitnehmer:innen und Unternehmen gelingen kann – und nicht gegen sie.

Dafür braucht es eine **aktive und strategische Industrie- und Strukturpolitik**, die Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit stärkt, Zukunftstechnologien fördert und Arbeitsplätze sichert. Diese fehlt aktuell.

Wir stehen für eine Wirtschaftspolitik des Schulter-schlusses, die die Interessen von Gewerkschaften, Unternehmen und im Besonderen das Wohl der Beschäftigten im Blick hat. Die Transformation unserer Wirtschaft braucht klare Strategien – nicht nur im Automobilsektor. Wir weiten die Wachstums- und Stärkungsinitiativen des Landes auf weitere Schlüsselbranchen wie den Anlagen- und Maschinenbau aus. Dabei nehmen wir die unterschiedlichen Stärken und Herausforderungen der Regionen ernst: vom industriellen Kern im Südwesten bis zu den innovativen Mittelständlern auf dem Land. So gestalten wir wirtschaftlichen Wandel in der Fläche und haben dabei das ganze Land im Blick. Wir richten Beiräte für regionale Transformation mit den Gewerkschaften, Kammern, Unternehmensverbänden und Arbeitsagenturen ein, damit die Transformation in der Fläche gelingt. Hier vereinbaren wir gemeinsame Maßnahmenpakete. Die Arbeitnehmer:innen sitzen bei uns immer mit am Tisch. Mit einer Transformationsmilliarde bauen wir die Infrastruktur im Land aus, fördern Innovationen und richten Transformations-Modellregionen ein.

Keine staatliche Hilfe ohne Garantien: Alle Investitionen, Förderungen und Ausbauten für Unternehmen er-

folgen nur bei gleichzeitiger Garantie von Standorten und Arbeitsplätzen.

Mit einer **Innovations-Offensive** sichern wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und steigern die Produktivität. Wir sorgen dafür, dass Förderprogramme (z. B. Batteriezellforschung, Künstliche Intelligenz) und Einrichtungen (z. B. CyberValley) ihre Forschung besser in den Transfer von Grundlagen und in die Produktion umsetzen. Ziel muss sein, neben Arbeitsplätzen in der Forschung tarifgebundene Facharbeitsplätze in der Produktion zu sichern und auszubauen. Die Institute der Innovationsallianz Baden-Württemberg, die zusammen mit Unternehmen Produkte von der Idee bis zur Marktreife entwickeln, leisten wichtige Arbeit und werden stärker gefördert. Das erfolgreiche Programm InvestBW weiten wir in den kommenden Jahren finanziell deutlich aus und fördern in Zukunft besonders nachhaltige Geschäftsmodelle.

¹ Ein Moratorium in der Politik ist ein Stopp bestimmter Maßnahmen. In diesem Fall ein Bürokratie-Stopp.

Unternehmen müssen sich im Wandel auf bessere Rahmenbedingungen verlassen können. Wir straffen und beschleunigen Genehmigungsverfahren und bauen

unnötige Bürokratie ab. Zudem verhängen wir ein **Bürokratiemoratorium**¹. Zwei Jahre lang dürfen von Landesseite keine neuen Regelungen beschlossen werden, die in Unternehmen zu zusätzlicher Bürokratie führen. Eine klare Ausnahme gilt dort, wo es um Rechte der Arbeitnehmer:innen oder um faire Wettbewerbsbedingungen in der Transformation geht. Überflüssige Bürokratie muss weg. Gute Arbeit bleibt.

² Eine Anlaufstelle, so dass z.B. für einen Antrag nur der Gang zu einer Behörde nötig ist, die alle Leistungen erbringen kann.

Wir richten **landesweit Modellregionen** ein, in denen Maßnahmen zur Förderung der Transformation und zur Steigerung der Effizienz getestet und umgesetzt werden.

Wo möglich nutzen wir hierfür gesetzliche Öffnungsklauseln und werden Genehmigungsverfahren über sogenannte **One-Stop-Agencies**² bündeln und Verfahren dadurch so stark wie möglich vereinfachen. Die Modellregionen sind Reallabore und Vorbilder, indem sie zeigen, was in Baden-Württemberg möglich ist.

³ In Zeiten der Corona-Krise haben Unternehmen vom Staat Geld bekommen, um nicht pleite zu gehen.

Wir bringen einen „**Staatsfonds BW**“ auf den Weg, der sich mit Kapital befristet und unbürokratisch an Unternehmen und Start-ups beteiligt, deren Produkte oder Geschäftsmodelle vorrangig auf (technologische) Nachhaltigkeit ausgerichtet sind. Unternehmen, die mit dem „**Überbrückungskapital**“³ aus Steuergeldern unterstützt werden, müssen sicherstellen, dass sie Investitionen

im Land tätigen und die Arbeitsplätze in Baden-Württemberg sichern. Unternehmen, die am Tarif orientiert sind, sollen bevorzugt unterstützt werden. Zudem werden Herausforderungen der Transformation abgedeckt. Erträge aus Unternehmensbeteiligungen dienen dazu, weitere Investitionen des Landes zu ermöglichen.

Wirtschaftliche Stärke braucht verlässliche Lieferketten. Als exportorientiertes Industrieland ist Baden-Württemberg besonders auf Rohstoffe und Halbleiter angewiesen. Die kritische Abhängigkeit von einzelnen, geopolitisch riskanten Bezugsquellen im Bereich von seltenen Erden oder Chips ist die größte Bedrohung für unsere Zukunftsfähigkeit. Deshalb machen wir die Sicherung strategischer Versorgungsketten zur Chefsache. Wir unterstützen Unternehmen beim Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten und fördern strategische **Einkaufskonsortien**⁴ zur Bündelung der Marktmacht. Durch die Förderung von Kreislaufwirtschaft und Forschung zu Ersatzstoffen verringern wir kritische Abhängigkeiten, wo immer es möglich ist. Unser Ziel ist eine Industrie, die auch in Krisenzeiten lieferfähig bleibt.

Wir geben der Wirtschaft bessere Rahmenbedingungen.

Nur dort, wo sich Unternehmen und Arbeitnehmer:innen auf die Infrastruktur verlassen können, kann die Wirtschaft wachsen und konkurrenzfähig bleiben. Wir müssen Energieinfrastruktur, Straßen, Schienen, Telekommunikationsnetze und andere wichtige Einrichtungen ausbauen. Nur so schaffen wir eine reibungslose Anbindung und Vernetzung regionaler Wirtschaftsstandorte. **Dafür beschleunigen wir Planungsverfahren** für die Errichtung von Energieerzeugungsanlagen, deren Netzanschluss und den Netzausbau. Ein einheitliches Portal gibt Einsicht in verfügbare Netzkapazitäten, um die Planung von neuen Anlagen zu vereinfachen.

Auf Bundesebene ermöglichen wir mit dem Sondervermögen und dem Investitionsbooster Investitionen in Rekordhöhe. Davon profitiert Baden-Württemberg sehr. Wir starten in der Landesregierung eine „**Zukunftsanleihe Baden-Württemberg**“, um über den Kapitalmarkt zentrale Verkehrsprojekte und den Ausbau von Strom- und Wasserstoffverteilnetzen besonders in den Kommunen zu finanzieren. Ziel muss sein, (institutionelle) Anleger dafür zu gewinnen, in eine moderne Infrastruktur im Land zu investieren – ohne dabei öffentliche Infrastruktur zu privatisieren.

Ergänzend zu den Maßnahmen der Bundesregierung stellen wir im Land **Fördermittel** zur Verfügung, um Automobil-Zulieferbetrieben den Wandel ihrer **Geschäftsmodelle hin zur Elektromobilität und in andere Industriebereiche** zu ermöglichen.

Wir stehen zum Ziel der vollständigen Klimaneutralität bei PKW-Neuzulassungen. Es darf nicht um das „Ob“, sondern muss um das „Wie“ der Umsetzung gehen. Nur so gelingt dieser Wandel industriepolitisch klug und gesellschaftlich tragfähig. Die Elektromobilität ist hierfür die marktwirtschaftlich einzig vernünftige Alternative zur schnellen Emissionssenkung, da sie Klimaschutz mit langfristiger, globaler Wettbewerbsfähigkeit verbindet. Die Industrie braucht verlässliche Rahmenbedingungen. Ständig neue Vorgaben untergraben stabile Produktionsbedingungen und gefährden Arbeitsplätze.

⁵ Kleiner Verbrennungsmotor, der Strom für die Batterie eines Fahrzeugs erzeugt, wenn diese fast leer ist.

Die Diskussion um einen zusätzlichen Gestaltungsspielraum darf keine Einladung an Unternehmen zum Nichtstun sein. Dieser Spielraum verpflichtet Unternehmen zum

Erhalt von Arbeitsplätzen und Standorten in Baden-Württemberg sowie zur Beschleunigung von Investitionen in emissionsfreie Mobilität. Als Brücke zur Elektromobilität wollen wir die Zulassung von bestimmten Plug-in-Hybriden und Fahrzeugen mit **Range Extendern**⁵ ermöglichen. Voraussetzung ist jedoch, dass diese unter dem Strich zur Netto-Emissionsfreiheit beitragen und die Kriterien des Klimaschutzes erfüllen. Die Ressort-Zuständigkeit für den Bereich Energiewirtschaft überprüfen wir. Der energiepolitische Fokus soll sich stärker auf die Koordinierung industrieller Bedarfe und die klimafreundliche Transformation von Industrie und Wirtschaft richten.

Wir treiben die digitale Unabhängigkeit voran.

Die Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sie ist eine Gestaltungsaufgabe. Wer in Zukunft Kontrolle über Daten, digitale Infrastruktur und Plattformtechnologie hat, ist entscheidend für unsere Demokratie und Wirtschaft. Deshalb macht die SPD Baden-Württemberg die digitale Unabhängigkeit zur strategischen Landesaufgabe. Mit einem klaren Ziel: Wir müssen unabhängiger werden von außereuropäischen Tech-Riesen, unsere Daten schützen und digitale Wertschöpfung im Land halten. Die Zukunftsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen hängt auch davon ab, wie souverän sie digitale Technologien nutzen. Aufgrund begrenzter Ressourcen sind sie besonders den Risiken globaler Märkte ausgesetzt. Daher gilt es, ihre IT-Infrastruktur zukunftssicher zu machen, Abhängigkeiten zu verringern und Cyber Risiken zu reduzieren.

Wir nutzen die Chancen von Künstlicher Intelligenz.

Das Land Baden-Württemberg braucht eine **umfassende KI-Strategie**, die wichtige gesellschaftlichen Bereiche einbezieht, wirtschaftliche Chancen nutzt, Unternehmen im ganzen Land Zugänge eröffnet und Transparenz schafft. KI darf kein rechtsfreier Raum sein. Ihr Einsatz muss sich an demokratischen Grundwerten, an Grundrechten und am Prinzip der Transparenz orientieren. Wir setzen uns für klare Regeln beim Einsatz von KI im öffentlichen Bereich ein, insbesondere in Justiz, Verwaltung, Polizei und Bildung. Entscheidungen, die Menschen betreffen, dürfen nicht intransparenten Algorithmen überlassen werden. Dabei bevorzugen wir den Einsatz quelloffener, nachvollziehbarer Systeme. Einzelne Leuchttürme wie das CyberValley Stuttgart/Tübingen und der Innovationspark Künstliche Intelligenz in Heilbronn müssen so weiterentwickelt werden, dass sie Wirtschaft und Wissenschaft im ganzen Land nützen. Baden-Württemberg ist mit seinen Hightech-Zentren ein dezentralisierter Innovationsstandort. Hiervon profitieren wir, indem wir Forschungs- und Entwicklungsstandorte besser vernetzen, damit Innovationen als Anwendungen landesweit in Unternehmen und Einrichtungen ankommen.

Die Chancen von Künstlicher Intelligenz für die Beschäftigten müssen genutzt werden. Gleichzeitig muss die verstärkte Nutzung von KI durch beschäftigungspolitische Maßnahmen begleitet werden. Beschäftigte und Betriebsräte bestimmen bei der Einführung und Anwendung von KI-Systemen mit, insbesondere bei der Auswahl und Zielsetzung der Systeme. Die Anforderungen an Beschäftigte verändern sich durch KI. **Weiterbildung und Qualifizierung** sollen selbstverständlich werden und vom Land unterstützt werden, besonders in kleinen und mittleren Unternehmen. Das Land startet hierfür eine Weiterbildungsoffensive für KI-Kompetenz in Berufsschulen, Hochschulen und Volkshochschulen. Lehrkräfte erhalten gezielte Schulungen für den didaktischen Einsatz von KI im Unterricht. Tarifgebundene Unternehmen sollen eine höhere Förderung erhalten. Bei der Nutzung und Förderung von KI müssen soziale und ethische Fragen von Anfang an mitgedacht werden.

Wir geben allen Unternehmen Zugang zu Quantencomputing.

Quantencomputing ermöglicht die Lösung hochkomplexer Probleme und bietet vielfältige Chancen in der Zukunft, unter anderem für Logistik und Verkehr, die Industrie, die Materialforschung und für die Nutzung von Künstlicher Intelligenz. Das Quantenrechenzentrum in Ehningen ist ein Vorreiterprojekt, dessen Potenziale wir weiter ausbauen. Der Zugang zu dieser und weiterer Infrastruktur (Hochleistungsrechner) muss für Wirtschaftsunternehmen geöffnet werden. Auch kleine und mittlere Unternehmen müssen Zugang haben. Die weitere Entwicklung im Quantencomputing fördern wir an

allen Forschungsstandorten, auch, um auf europäischer Ebene die Unabhängigkeit von den USA zu stärken.

Wir erleichtern neue Innovationen und Gründungen.

Die Bundesregierung sorgt mit verstärkten Maßnahmen dafür, dass die **Start-up-Förderung** vorangetrieben wird. Auch Baden-Württemberg muss hier aktiver werden. Das Land liegt in Rankings zu Start-up-Gründungen regelmäßig hinter anderen Bundesländern wie Bayern, Berlin und Nordrhein-Westfalen. Dies wird unserem Bundesland nicht gerecht, die Potenziale werden nicht ausreichend ausgeschöpft. Daher wollen wir **regionale und kommunale Gründungszentren** stärken. Die **Start-up-Finanzierung** wird ausgeweitet, sowohl in der ersten Gründungsphase als auch in der Wachstumsphase. Wir machen verschiedene Förderungen wie Zuschüsse, Darlehen und Beteiligungen möglich. Gleichzeitig knüpfen wir diese Förderungen an faire Arbeitsbedingungen. Außerdem fördern wir gezielt Kampagnen und Veranstaltungen wie den Female Founders Cup sowie Mentoringprogramme zur Sichtbarmachung weiblicher und nicht-binärer Gründer*innen, um Diversität in der Gründungskultur nachhaltig zu stärken. Für Venture-Capital-Fonds stellen wir mehr öffentliche Mittel, um private Investitionen anzustoßen. Förderprogramme wie Inkubatoren und Acceleratoren für Start-ups straffen wir. Wir verbessern die Unterstützung von Start-ups bei der Bewerbung um öffentliche Aufträge.

Wir stärken den Tourismus in Baden-Württemberg.

Baden-Württemberg bietet Tourist:innen einzigartige Natur und Kultur, lebendige Innenstädte und vielfältige Angebote zum Übernachten, Essen und Einkaufen. Wir sorgen dafür, dass Baden-Württemberg ein attraktives Reiseziel bleibt. Deswegen unterstützen wir die Tourismus-Infrastruktur mit dem Fokus auf eine nachhaltige, regionale Vermarktung an der Seite der Kommunen. Wir wollen einen **Kongress- und Messefonds** einrichten. So fördert das Land direkt nachhaltige und innovative Veranstaltungsformate. Zudem profitieren lokale Unternehmen in Einzelhandel, Hotellerie und Gastronomie. Qualitätssicherung in Tourismusregionen bedeutet für uns auch die Absicherung attraktiver Arbeitsplätze. Gastronomische Ausbildungen dürfen auch in Tourismusregionen nicht zur Beschaffung billiger Arbeitskräfte dienen, sondern sollen nachhaltig qualifiziertes Personal entwickeln.

Vielfältige Regionen von Hohenlohe bis zum Bodensee machen Baden-Württemberg zu einem attraktiven Urlaubsland. Ein besonderer Sehnsuchtsort für Urlauber:innen und Besucher:innen ist auch der Schwarzwald. Deswegen wollen wir insbesondere den **Schwarzwald als Tourismusregion weiter stärken** und frische Impulse setzen. Wir setzen auf die Modernisierung traditioneller Gasthöfe, Kurhäuser und Wanderhütten. Mit gezielten Förderprogrammen sollen diese historischen Gebäude

energetisch saniert, barrierefrei umgestaltet und digital ausgestattet werden, um zeitgemäßen Komfort zu bieten. Die besondere Natur- und Kulturlandschaft wird weiter durch gezieltes Marketing als Marke positioniert.

2.2 Arbeit

Wir machen Tarifverträge zur Notwendigkeit.

Gute Löhne und faire Auftragsbedingungen sind das Herzstück der sozialen Marktwirtschaft. Wettbewerb darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Land und Kommunen als öffentliche Auftraggeber müssen hier mit gutem Beispiel vorangehen. Deswegen überarbeiten wir das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz (LTMG), um öffentliche Aufträge auf Basis von Tarifverträgen zu vergeben. Es wird ein **vergabespezifischer Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen** festgelegt, der die unterste Entgeltstufe des TV-L nicht unterschreiten darf. Damit sorgen wir für ein faires Einkommen auch im unteren Lohnsegment. Öffentliche Leistung gehört in öffentliche Hand, deshalb lehnen wir **materielle Privatisierungen**⁶ öffentlicher Unternehmen ab. So verhindern wir auch Tariffucht. Für uns gilt der Grundsatz „**Ein Haus, ein Tarif**“. Per Rechtsverordnung werden wir festlegen, dass und welche Tarifverträge bei der Auftragsvergabe gelten. Dann gelten gleiche Regeln für alle.

⁶ Der Staat verkauft das öffentliche Unternehmen in private Hand und ist dann nicht mehr Eigentümer.

Eine neu eingerichtete Schwerpunktstaatsanwaltschaft wird Straftaten gegen das Betriebsverfassungsgesetz bekämpfen. Die **Mitbestimmung durch Personalrät:innen** stärken wir durch eine Reform des Landespersonalvertretungsgesetzes.

Arbeitsschutz ist Menschenrecht. Deshalb legen wir als SPD einen Schwerpunkt auf effektiven zielgerichteten Arbeitsschutz. Wir setzen uns für mehr branchenspezifische Maßnahmen und Kontrollen in Betrieben ein.

Wir sichern dem Ländle die besten Köpfe.

Die Wirtschaft im Land braucht mehr Fachkräfte, um Wachstum auch in einer alternden Gesellschaft zu sichern. Wir ermöglichen vor allem Frauen, die häufig sehr gut ausgebildet sind, durch eine **zuverlässige, lückenlose und kostenlose Kinderbetreuung** von Beginn an, voll am Berufsleben teilhaben zu können. Wir **stärken die berufliche Ausbildung** und zeigen jungen Menschen, welche Aufstiegschancen sie bietet. Wir wollen die **Meisterausbildung komplett gebührenfrei** ermöglichen. Dies wollen wir auf alle Aufstiegsfortbildungen nach dem Berufsbildungsgesetz und der Handwerksordnung wie Fachwirt-, Techniker-, Betriebswirt- und Fachkaufmann-Qualifikationen sowie weitere gleichwertige Abschlüsse

ausweiten. So bauen wir Nachteile im Vergleich zu einer akademischen Ausbildung ab und gewinnen mehr Fachkräfte. Zur Stärkung der Berufsausbildung gehört auch eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung der Berufsbildungsstätten. In der beruflichen Orientierung in den Gymnasien muss die berufliche der akademischen Ausbildung gleichgestellt werden. Wir machen uns für die Teilzeitausbildung stark. Sie steht für eine moderne Arbeitswelt und muss bekannter werden. Wir starten deshalb eine landesweite Informationskampagne und fördern das Netzwerk Teilzeitausbildung Baden-Württemberg dauerhaft. Wo sonst in Teilzeitausbildung zu wenig verdient würde, stockt das Land auf.

Wir brauchen ein echtes Kraftpaket für das Handwerk. Immer mehr Betriebe müssen schließen, weil sich keine Nachfolge findet. Existierende Förderprogramme leisten hier bereits wichtige Unterstützung, müssen aber gestärkt und weiterentwickelt werden. Darüber hinaus fordern wir eine **Verdoppelung des Meistergründungszuschusses auf 20.000 Euro** sowie eine Verlängerung der Beantragungsfrist von zwei auf vier Jahre. So fördern wir Betriebsgründungen und Übernahmen und stärken den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg mit einer Vielzahl an kleinen und mittleren Unternehmen.

Darüber hinaus braucht es mehr Investitionen in Weiterbildung und Qualifizierung. Für Beschäftigte in kleinen und mittleren Unternehmen setzen wir einen Weiterbildungsfonds mit 20 Millionen Euro auf. Wir fördern die Qualifizierung von Ungelernten und Langzeitarbeitslosen sowie die finanzielle Unterstützung von Menschen in der Weiterbildung. Ausländische Abschlüsse müssen weniger restriktiv und schneller anerkannt werden. Es braucht eine Unterstützung ausländischer Fachkräfte und ihrer Familien bei Behördengängen, Wohnungssuche und Sprachkursen. Deshalb wollen wir ein Kümmerer-Programm für internationale Fachkräfte erproben. Gemeinsam mit Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und Kommunen arbeiten wir an dauerhaften Strukturen, mit denen das Land die nachhaltige und faire Anwerbung internationaler Fachkräfte und Auszubildender unterstützen kann. Uns ist bewusst, dass die Anwerbung ausländischer Fachkräfte maßgeblich über unseren zukünftigen Wohlstand entscheidet.

Wir eröffnen Arbeitslosen neue Chancen.

Wir setzen uns für einen grundlegenden Richtungswechsel in der Landesarbeitspolitik ein. Unser Ziel ist es, Langzeitarbeitslosen neue Jobperspektiven und echte Teilhabe auf Augenhöhe zu ermöglichen. In Baden-Württemberg leben über 80.000 Langzeitarbeitslose, die trotz Arbeitswillen dauerhaft auf Grundsicherung angewiesen sind. Die bisherigen Maßnahmen des Landes sind oft kurzfristig, unsystematisch und nicht nachhaltig. Wir fordern deshalb eine strukturelle, dauerhafte Förderung.

Nur so können wir diesen Menschen neue Chancen bieten und aktiv dem Fachkräftemangel begegnen. Ein Schwerpunkt liegt auf der Stärkung des sozialen Arbeitsmarkts. Er bietet nicht nur eine Brücke in den Arbeitsmarkt, sondern stärkt auch die soziale Infrastruktur. Unser Ziel ist es, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung statt Arbeitslosigkeit zu fördern. Dazu legen wir ein Landesarbeitsmarktprogramm auf und sichern es durch ein Landesarbeitsmarktgesetz ab. Wir ergänzen gezielt die Bundesprogramme mit Landesmitteln und schaffen zusätzliche Jobs für besonders arbeitsmarktfremde Menschen. Auch die Arbeitslosenberatungszentren (ALÖZ) wollen wir ausbauen und finanziell besser ausstatten. Die Träger erhalten dabei größere Gestaltungsspielräume, um individuelle Lösungen zu ermöglichen. Es ist unser Anspruch, die Landesarbeitsmarktpolitik verlässlich und ausreichend zu finanzieren. Die gemeinnützigen Träger in der Beschäftigungsförderung spielen dabei eine wichtige Rolle.

Wir erleichtern Jugendlichen den Berufseinstieg.

Das erfolgreiche Projekt BeJuga („Beschäftigungsförderung und Jugendhilfe gemeinsam anpacken“) fördert das Land derzeit an 31 Standorten. Wir weiten es auf alle Landkreise aus und entwickeln es zum Regelinstrument für die Teilhabe von Familien in der Erwerbsgesellschaft weiter. Mit dem Programm „Assistierte Ausbildung für Berufe in der Pflegehilfe und Alltagsbetreuung“ (APA) unterstützt das Land bereits junge Menschen mit Förderbedarf beim Berufseinstieg in die Pflege. Dieses Programm weiten wir aus, sowohl auf vollständige Ausbildungsabschlüsse als auch auf Erziehungsberufe. Jungen Menschen erleichtern wir frühzeitig den Zugang zu Pflegeberufen durch spezifische Angebote, angelehnt an offene Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit.

Bildung

WEIL ALLE MENSCHEN GLEICHE CHANCEN VERDIENEN.

Wir sorgen für mehr Bildungsgerechtigkeit.

Eine gute Bildung und die Förderung aller Talente im Land ist die Grundlage unserer künftigen Wirtschaftskraft. Bildung ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben, für gesellschaftliche Teilhabe und sozialen Aufstieg. Sie kann die unterschiedlichen Startchancen von Kindern etwas angleichen. Für uns ist klar: Die Frage darf nicht sein, woher du kommst, sondern wohin du willst.

Der sozioökonomische Status des Elternhauses ist der zentrale Faktor für den Bildungserfolg der Kinder. Wir kämpfen für Bildung, die stark macht und Chancengerechtigkeit schafft: von der frühkindlichen Bildung bis zur Hochschule, vom Ausbildungsplatz bis zur Erwachsenenbildung. Erfolg darf nicht am Geldbeutel scheitern. Wir wollen ein Bildungssystem, das alle befähigt, ihr Können zu entfalten. Deshalb setzen wir auf gute Lernbedingungen, starke öffentliche Bildungsangebote und lebenslanges Lernen in einer sich wandelnden Welt. Wir investieren in die Zukunft der Menschen in unserem Land.

Wir schaffen kostenlose Kita-Plätze für alle Kinder.

Kitas sind Bildungsorte – und müssen von Anfang an für alle Kinder **gebührenfrei** sein. Ebenso sind Verlässlichkeit und Qualität unerlässlich. Jedes Kind soll einen wohnortnahen Platz mit individueller Förderung, gutem und qualifiziertem Personal und verbindlichen Standards erhalten. Die sprachliche Förderung ist uns dabei ein besonderes Anliegen. Die **Sprachkitas** haben sich als ein großer Erfolg erwiesen. Wir wollen dieses Modell weiterhin unterstützen und ausbauen. Wir werden die Ganztagsangebote an Kitas und Schulen ausbauen.

Das letzte **Kita-Jahr machen wir verpflichtend** – als gemeinsame Vorbereitung auf die Schule. Wir setzen auf bessere Arbeitsbedingungen mit multiprofessionellen Teams und Verwaltungs- und Hauswirtschaftskräften, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Wir stärken die Fachkräftegewinnung durch Anreize zur Rückkehr, Aufstockung von Teilzeit und attraktive berufliche Perspektiven. So schaffen wir ein verlässliches, bei Bedarf ganztägiges **Kita-Angebot**, das Kinder stärkt und Familien entlastet. Zudem fordern wir bessere finanzielle Rahmenbedingungen für die Kindertagespflege. Das System der **sozialindexbasierten Ressourcensteuerung**⁷

⁷ Schulen und Kitas mit sozial benachteiligten Kindern erhalten mehr Mittel.

soll auch auf Kitas ausgeweitet werden.

Wir garantieren einen guten Schulunterricht.

Die Landesverfassung garantiert jedem Kind das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Ausbildung. Dabei stehen wir für eine konsequente Umsetzung der Kinderrechte in allen Bildungsinstitutionen. Dieses Recht ist nur dann erfüllbar, wenn der Unterricht auch tatsächlich stattfindet. Wir setzen uns für eine **echte Unterrichtsgarantie** ein, **mit ausreichend Lehrkräften, funktionierenden Vertretungskonzepten und klaren Standards**. Bildungsgerechtigkeit beginnt mit verlässlichem Unterricht. Die Garantie für diesen wollen wir gesetzlich verankern.

Dem Lehrkräftemangel begegnen wir mit mehr Studienplätzen, attraktiveren Bedingungen im Studium und im Referendariat und guter Begleitung im Berufseinstieg. Wir müssen den Quereinstieg erleichtern und unbürokratisch ermöglichen, ohne dass die Qualität leidet. Zusätzlich braucht es professionelle Vertretungsstrukturen. Die Krankheitsvertretungsreserve bauen wir aus. Den Berufseinstieg junger Lehrkräfte vereinfachen wir mit guter Begleitung durch erfahrene Lehrkräfte.

Die Grundschule ist ein wichtiger Baustein für einen erfolgreichen Bildungsweg. Verbindliche Sprachförderung, starke Ganztagsangebote und multiprofessionelle Teams stärken die Basiskompetenzen aller Kinder. Für diese schaffen wir mehr Zeit im Schulalltag, denn sie sind Fundament für alle weiteren Bildungswege. Die sogenannte sozialindexbasierte Ressourcensteuerung entwickeln wir weiter und setzen diese flächendeckend um. So erhalten Schulen oder Einrichtungen in sozial herausfordernden Lagen mehr Unterstützung, bis hin zu einer Verkleinerung der Klassen. Die im Schuljahr 2024/2025 eingeführte Form der Grundschulempfehlung lehnen wir ab.

Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung und der Ausbau von Ganztagsangeboten sind ein wichtiger Schritt. Dabei muss Bildung im Mittelpunkt stehen. Wir setzen uns für einen **Ganztag mit echter pädagogischer Qualität** ein. Dafür braucht es durchdachte Tagesstrukturen, die Lern- und Erholungsphasen sinnvoll verbinden, sowie multiprofessionelle Teams. Ganztagschulen benötigen Zeit, Raum und qualifiziertes Personal, um Kinder individuell zu fördern und soziale Teilhabe zu stärken.

Wir wollen Orte schaffen, an denen Kinder in ihren Talenten und Fähigkeiten optimal gefördert werden können. Wir fordern ein **gesundes, kostenfreies Schulleben**.

Wir verbessern das Schulsystem und die individuelle Förderung.

Ein klares, durchlässiges Schulsystem stärkt Leistungsbereitschaft, weil es Perspektiven eröffnet. Wer weiß, dass alle Abschlüsse offenstehen, lernt mit mehr Motivation und Selbstvertrauen. Deshalb schaffen wir **zwei gleichwertige Wege: das Gymnasium und eine leistungsstarke, integrative zweite Säule** auf Basis einer weiterentwickelten Gemeinschaftsschule. Beide ermöglichen den Weg bis zum Abitur. So sorgen wir für mehr individuelle Förderung, gerechte Chancen und ein klares, einfaches Schulsystem, unabhängig vom Wohnort oder der Herkunft. Wir bauen das fächerübergreifende Lernen aus und überarbeiten die Bildungspläne.

Wir stärken das **berufliche Schulwesen** als Grundlage der Fachkräftesicherung. Sprachbildung sowie Austauschprogramme für Auszubildende verbessern wir. Wir möchten die Berufsvorbereitung um psychosoziale Unterstützung erweitern und stärken. Einen Wiedereinstieg in die Mitfinanzierung der Berufseinstiegsbegleitung prüfen wir.

Wir machen Inklusion und Sprachförderung zum Standard.

Demokratie lebt vom Mitmachen und ist mehr als ein Schulfach. Deshalb wollen wir die **Demokratiebildung** an allen Schulen und Bildungseinrichtungen in Baden-Württemberg systematisch ausbauen. Politische Bildung muss stärker in den Bildungsplänen verankert werden, mit konkretem Raum für Beteiligung im Schulalltag. Wir setzen uns für eine weitere Stärkung des Faches Gemeinschaftskunde ein. Wir werten die Schülermitverantwortung (SMV) auf, unterstützen Projekte wie Demokratietage und Initiativen gegen Extremismus und Rassismus in enger Zusammenarbeit mit dem Landesschülerbeirat und dem Landeselternbeirat. Schulen sollen Orte werden, an denen demokratische Werte nicht nur vermittelt, sondern vom ersten Schultag an gelebt werden. Demokratiebildung braucht Ressourcen. Diese schaffen wir für alle Schularten.

Inklusion ist ein Menschenrecht und muss zum Regelfall werden. Wir setzen uns für eine zeitnahe Umsetzung des **Zwei-Pädagog:innen-Prinzips⁸** ein. Jedes Kind hat das Recht auf ein wohnortnahes und gemeinsames Bildungsangebot. Dafür brauchen Kitas und Schulen ausreichend Personal, passende Räume und verlässliche Strukturen. Die Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) entwickeln wir zu regionalen Förderzentren weiter, die Regelschulen fachlich beglei-

ten und für die Kinder Bildungsorte sein können, deren Eltern dies wünschen. Als Weiterentwicklung der individuellen Schulbegleitung setzen wir uns für kommunale Lernbegleiter:innen mit klarer Aufgabenbeschreibung ein. Inklusive Pädagogik muss verbindlicher Bestandteil in der Aus- und Weiterbildung von Lehrer:innen und pädagogischen Fachkräften sein. Wir unterstützen Lehrkräfte, die von anderen Schularten an ein SBBZ wechseln möchten, mit zusätzlichen Weiterqualifizierungsangeboten.

Die Deutsche Gebärdensprache (DGS) muss auch in Baden-Württemberg als vollwertige Sprache flächendeckend anerkannt, gefördert und gelehrt werden. Möglichst viele Menschen sollen DGS lernen – ob sie darauf angewiesen sind oder nicht.

Mit guter **Sprachförderung** gelingt Integration. Kinder mit geringen Deutschkenntnissen brauchen ab dem ersten Tag passende Angebote. Wir entwickeln Vorbereitungsklassen mit intensivem Sprachunterricht weiter und ermöglichen eine schrittweise flexible Integration in den Regelunterricht. Wir verbessern die Sprachstandserhebung und setzen sie landesweit konsequent um. Herkunftssprachlicher Unterricht wird unter staatlicher Aufsicht organisiert und pädagogisch fundiert ausgestaltet. So fördern wir Mehrsprachigkeit, stärken Identität und verbessern Bildungschancen.

Digitale Kompetenzen sind Zukunftskompetenzen. Wir wollen, dass alle Schüler:innen befähigt werden, souverän, kritisch und kreativ mit digitalen Medien, Technologien und Künstlicher Intelligenz umzugehen. Digitale, altersgerechte Bildung in allen Schularten und Fächern wird zur Pflicht. Wir setzen uns für einheitliche Regelungen zur Nutzung von KI im Unterricht ein. Schulen müssen über eine zuverlässige digitale Infrastruktur, IT-Fachkräfte und pädagogische Konzepte verfügen. Lehrkräfte erhalten gezielte Fortbildungen zur digitalen Didaktik. Medienbildung ist kein Extra, sie ist ein Grundpfeiler moderner Allgemeinbildung. Perspektivisch müssen digitale Endgeräte in die Lernmittelfreiheit aufgenommen werden. Wir setzen uns für ein gesetzlich festgeschriebenes Verbot der privaten Nutzung digitaler Endgeräte wie Smartphones an Schulen in den Klassenstufen 1–6 ein.

Wir investieren in die Modernisierung unserer Schulen.

Viele Schulgebäude in Baden-Württemberg sind marode, nicht energiesparend oder nicht barrierefrei. Eine gute Schule braucht gute Räume. Das Sanierungsprogramm des Bundes muss gezielt für die **Modernisierung und den Neubau von Schulen** genutzt werden. Wir fordern für jeden Euro vom Bund einen Euro vom Land. Nur so schaffen wir moderne und soziale Klassenzimmer, Digitalisierung, Barrierefreiheit und Energieeffizienz. Wir wollen die Schulbauförderrichtlinien in Baden-Württemberg überarbeiten, damit Schulen echte Orte der

Zukunft werden, wo Kinder mit Freude lernen und Lehrkräfte mit Begeisterung lehren.

Wir erhöhen die Attraktivität des Lehramts.

Gute Bildung braucht gute Arbeitsbedingungen. Lehrkräfte, Schulleitungen und pädagogische Fachkräfte verdienen Respekt, faire Bezahlung und echte Entlastung. Wir fordern A13/E13 auch für alle ausgebildeten Grund-, Haupt- und Werkrealschullehrkräfte. Gleichzeitig eröffnen wir mehr Fachlehrkräften und technischen Lehrkräften den Zugang zur wissenschaftlichen Laufbahn. Damit erhöhen wir die Gerechtigkeit im System und stärken die Attraktivität des Berufs. **Referendar:innen**, die im Anschluss an die Ausbildung in den Schuldienst übernommen werden, müssen **in den Sommerferien bezahlt** werden. Für angehende Berufsschullehrkräfte fordern wir, dass die vorgeschriebene Betriebspraxis für die Zulassung zum Vorbereitungsdienst für die Laufbahn des höheren Schuldienstes flexibler anerkannt wird. Wir setzen uns für eine Verkürzung der geforderten Praxiszeit und die Möglichkeit, die Praxiszeit auch in Teilzeit zu leisten, ein. Außerdem müssen auch kürzere Praktika anerkannt werden.

Gute Bildung ist Teamarbeit: Schulsozialarbeit, Verwaltung, IT, Sonderpädagogik und psychologische Fachkräfte gehören dauerhaft zur Struktur jeder Schule. Wir wollen **multiprofessionelle Teams** an allen Schulen auf- und ausbauen. **Schulsozialarbeit** leistet einen zentralen Beitrag für gelingende Bildung und Teilhabe. Wir bauen diese flächendeckend aus und sichern die Hälfte der Finanzierung durch das Land. Die schulpсихologische Unterstützung bauen wir aus.

Schulleitungen stärken wir durch verbindlich gesicherte Leitungszeit, Schulverwaltungsassistenzen, delegierbare Verwaltungsaufgaben, qualifizierte Fortbildungsangebote und Unterstützung auch kleiner Standorte. Ebenso sollen sie mehr Spielraum in Entscheidung und Gestaltung bekommen.

Lehrkräfte werden dort eingesetzt, wofür sie ausgebildet sind: im Unterricht. Um weiterem Unterrichtsausfall vorzubeugen, muss dies höchste Priorität haben. Fortbildungen sollen daher häufiger in unterrichtsfreier Zeit angeboten werden. Kinder brauchen ihre Lehrkräfte im Klassenzimmer, nicht in der Verwaltung. Wir setzen uns dafür ein, dass Lehrkräfte gezielt von Verwaltungsaufgaben entlastet und durch multiprofessionelle Teams sowie Assistenzen unterstützt werden. Wir setzen uns für kleinere Klassen ein, damit Lehrkräfte mehr Zeit für jedes einzelne Kind haben. So schaffen wir Raum für das, was zählt: guter Unterricht für alle.

Faire Arbeitsbedingungen setzen auch eine realistische Erfassung der Arbeitszeit voraus. Dafür schaffen wir zunächst eine belastbare Datengrundlage. Auf dieser Basis werden wir praxistaugliche Arbeitszeitmodelle und Sys-

teme der Arbeitszeiterfassung erproben.

Wir sichern die Finanzierung unserer Volkshochschulen.

Volkshochschulen sind zentrale Orte des lebenslangen Lernens, der politischen Bildung und der gesellschaftlichen Teilhabe. Sie spielen eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der Transformation sowie für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, insbesondere in der Erwachsenenbildung. Damit sie dieser Aufgabe gerecht werden können, braucht es eine verlässliche Drittmittelfinanzierung.

Den **zweiten Bildungsweg** passen wir an die Lebensrealitäten von heute an: flexibler und digitaler. So schaffen wir echte Bildungschancen auch jenseits des klassischen Bildungswegs. Denn Bildung muss ein Leben lang möglich sein.

Wir erleichtern den Musikschulen die Arbeit.

Musikschulen sind tragende Säulen der kulturellen Bildung in Baden-Württemberg. Wir erhöhen die Landesförderung auf 15 Prozent der anerkannten Kosten für das pädagogische Personal. Damit schaffen wir Planungssicherheit und sichern den Zugang zu musikalischer Bildung im ganzen Land.

Wohnen

WEIL JEDER MENSCH EIN ZUHAUSE BRAUCHT.

Wir machen Wohnen wieder bezahlbar.

Wohnen ist eine der großen sozialen Gerechtigkeitsfragen unserer Zeit. In Baden-Württemberg steigen die Mieten selbst in ländlichen Regionen rapide, während bezahlbarer Wohnraum immer knapper wird. Während früher Wohneigentum für viele möglich war und Aufstieg versprach, führen heute hohe Mieten dazu, dass Menschen finanziell unter Druck geraten und Lebensperspektiven bedroht werden. Wir stehen für eine Politik, die diese Entwicklung nicht länger hinnimmt, sondern entschlossen handelt. Wir begegnen dieser Herausforderung mit einem mutigen Zukunftsprogramm. Unser Ziel ist klar: Wohnen ist ein Grundrecht und muss für alle bezahlbar sein – nicht nur für wenige.

Wir gründen eine neue Wohnungsbaugesellschaft.

Wir richten die **Wohnbauförderung** neu aus: **Jeder Euro Bundesmittel muss künftig durch einen Euro Landesmittel ergänzt** werden. Wir setzen auf den **Neubau von bezahlbarem Mietwohnraum**, besonders im Geschossbau, altersgerecht und familienfreundlich. Kommunale und gemeinwohlorientierte Bauträger gehören in den Mittelpunkt der Förderung. Wohnheime für Auszubildende und Studierende sollen zweckgebunden gefördert werden. Und: Das Land selbst muss wieder bauen – mit einer neuen Wohngemeinnützigkeit, die dauerhaft bezahlbaren Wohnungen schafft und sie der Spekulation entzieht. Wohnen ist Daseinsvorsorge.

Unser Ziel ist es, als Land endlich wieder neue und bezahlbare Wohnungen zu schaffen, vor allem auch seniorengerechte und barriereärmere Wohnungen. Dafür gründen wir eine starke **landeseigene Wohnungsbaugesellschaft: BWohnen**. Gemeinsam mit den Kommunen erschließt sie geeignete Flächen, setzt Bauprojekte um und schafft bezahlbare Mietwohnungen, die dauerhaft im Eigentum des Landes bleiben. BWohnen steht den Kommunen als verlässliche Partnerin zur Seite. Sie kooperiert mit kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften, dem Mietshäuser Syndikat, Baugemeinschaften sowie verantwortungsvollen privaten Akteur:innen. Kommunen, die über keine städtische Wohnbaugesellschaften verfügen, werden so unterstützt, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Durch die Unterstützung der landeseigenen Wohnbaugesellschaft werden die örtlichen Wohnbaugesellschaften auch Wohnraum schaffen, wo bisher die Kommunen auf sich allein gestellt waren. Neben dem Wohnungsbau übernimmt BWohnen eine zentrale Rolle in der Beratung,

Vernetzung und Quartiersentwicklung. So wird Expertise für eine soziale, nachhaltige und langfristige Wohnraumpolitik in Baden-Württemberg gebündelt.

Wir erleichtern Kommunen den Wohnungsbau.

Wir ermöglichen, dass künftig jede Stadt und jeder Stadtteil als „angespannter Wohnungsmarkt“ ausgewiesen werden kann, sobald die örtliche Baurechtsbehörde feststellt, dass bezahlbarer Wohnraum fehlt. Damit erhalten Kommunen sofort Zugriff auf neue Instrumente wie ein erweitertes Vorkaufsrecht, Baugebote oder Umwandlungsstopps. So können brachliegende Flächen schneller für sozialen Wohnungsbau aktiviert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Wohnen im Bereich von landwirtschaftlichen Betrieben und die Umnutzung von Gebäuden vereinfacht werden.

Wir lassen keinen Raum für Spekulation.

Boden ist keine vermehrbare Ressource und gehört in öffentliche Verantwortung. Wir richten einen **Landes-Bodenfonds** ein, der strategisch Grundstücke ankauft, sichert und gezielt an gemeinwohlorientierte und kommunale Bauträger weitergibt. Wir entziehen Flächen der Spekulation, bremsen Bodenkosten und ermöglichen sozialen Wohnraum dort, wo er gebraucht wird. Die jetzige Grundsteuerreform von Grün-Schwarz lehnen wir ab.

Wir fördern Werkwohnungen und Azubiwohnheime.

Auch Betriebe können einen Beitrag gegen Wohnungsnot leisten, wenn die richtigen Anreize bestehen. Wir wollen deshalb die Schaffung von **Ausbildungswohnheimen, Werks- und Betriebswohnungen gezielt fördern**. Mit Zuschüssen und vereinfachten Verfahren machen wir es Unternehmen leichter, bezahlbaren Wohnraum für ihre Beschäftigten und Auszubildenden zu schaffen. Dies gilt besonders für Regionen mit angespanntem Wohnungsmarkt.

Wir weiten die Mietpreisbremse aus.

Wir wollen eine echte mietenpolitische Wende. Die Mietbelastung darf nicht länger ganze Existenzen gefährden. Unser Ziel: Niemand soll mehr als 30 Prozent seines Nettoeinkommens für die Miete aufbringen müssen. Wir setzen auf eine **Mietenoffensive, die den sozialen Wohnungsbau stärkt, den Bestand schützt und faire Mieten sichert** – besonders für Familien, Allein-

erziehende, Senior:innen und Menschen mit geringem Einkommen.

Gerade in Zeiten hoher Inflation werden Indexmieten zur sozialen Falle. Wir setzen uns auf Bundes- und Landesebene für eine wirksame Begrenzung von Indexmieten im Einklang mit der Mietpreisbremse ein. Indexmieten dürfen nicht länger unbegrenzt steigen. Um bezahlbaren Wohnraum zu sichern, weiten wir die Mietpreisbremse sowie das Umwandlungsverbot auf mehr Kommunen aus und stärken deren Wirkung.

Wir bestrafen Leerstand und Zweckentfremdung.

Wir wollen Wohnungsleerstand verhindern. Dafür fördern wir landesweit öffentliche Wohnungsbaugesellschaften, die nach dem Karlsruher Modell Wohnraum mobilisieren.

Gleichzeitig verschärfen wir das Zweckentfremdungsverbot und verkürzen etwa die genehmigungsfreie Fremdbeherbergung von zehn Wochen auf fünf Wochen im Jahr. Wir erhöhen Bußgelder, um aktiv gegen Leerstand und illegale Nutzung vorzugehen. Wer Wohnraum brachliegen lässt, muss einen Beitrag zur Wohnraumversorgung leisten oder ihn wieder nutzbar machen. Wir unterstützen Kommunen dabei, Leerstands-Register zu erstellen, um ungenutzten Wohnraum wieder dem Markt zuzuführen. Bei dauerhaftem Leerstand ohne Perspektive der erneuten Nutzung müssen Kommunen die Möglichkeit haben, als letzten Schritt auch Abkauf- oder Enteignungsverfahren in die Wege leiten zu können. B.Wohnen unterstützt die Kommunen dabei weitreichend. Damit Städte und Gemeinden handlungsfähig sind, schaffen wir frühzeitig die rechtlichen Grundlagen.

Wir sichern die Sozialbindung dauerhaft.

Bezahlbarer Wohnraum darf nicht nach wenigen Jahren aus der Sozialbindung fallen. Wir machen 30 Jahre Mietpreisbindung zum Standard – und 40 Jahre bei erhöhter Förderung. Gleichzeitig sorgen wir für mehr Transparenz: Kommunen mit über 50.000 Einwohner:innen sollen verpflichtend qualifizierte Mietspiegel erstellen. Kommunen mit unter 50.000 Einwohner:innen und angespanntem Wohnungsmarkt verpflichten wir zur Erstellung eines standardisierten Mietspiegels.

Wir erleichtern Familien den Kauf eines Eigenheims.

Wir wollen jungen Familien den Weg ins Eigenheim erleichtern – ohne komplizierte Förderstrukturen. Die **Grunderwerbsteuer für Familien entfällt beim Erstkauf** durch Rückerstattungen. Das entlastet gezielt, unbürokratisch und unabhängig vom Zeitpunkt der Antragstellung.

Wir motivieren zur Sanierung unserer Dörfer.

In vielen Dörfern stehen Altbauten leer, während junge Menschen auf der Suche nach einem Zuhause sind. Mit dem Programm „Jung kauft Alt“ wollen wir jungen Familien, Handwerker:innen oder Existenzgründer:innen den **Kauf und die Sanierung alter Gebäude im ländlichen Raum erleichtern**. Dies geschieht durch Zuschüsse, Beratungsangebote und vereinfachte Genehmigungen. So verbinden wir Wohnraumförderung mit Ortsentwicklung, Klimaschutz und Generationengerechtigkeit.

⁹ Ein bestimmter Haustyp oder Bauplan wird von den Behörden genehmigt. Alle weiteren Bauten dieses Typs können dann ohne weitere Prüfung gebaut werden.

Wir vermeiden die Versiegelung weiterer Flächen.

Wo immer es möglich ist, wollen wir neuen Wohnraum schaffen, ohne Flächen zu versiegeln. Wir setzen uns für ein landesweites Programm zur **Aufstockung bestehender Gebäude und seriellen Nachverdichtung** ein. Mit standardisierten Planungsmodulen („Bauen im System“) und **Typengenehmigungen⁹** können Wohnquartiere schnell, effizient und klimafreundlich ergänzt werden. Wir folgen dem Prinzip: nach oben statt nach außen.

Wir verschlanken das Baurecht und die Baukosten.

Die hohen Kosten für Neubauten treiben die Mietkosten in Baden-Württemberg weiter in die Höhe. Nach dem Vorbild Hamburgs wollen wir auch bei uns im Land Vorgaben und technische Standards soweit vereinfachen und reduzieren, dass die Baukosten um bis zu ein Drittel gesenkt werden können.

Wir schaffen Anreize für nachhaltiges Bauen.

Unsere Vision ist eine Baupolitik, die dem Klima nützt und gleichzeitig bezahlbaren Wohnraum schafft. Deshalb fördern wir nachhaltige Baustoffe wie Holz, Recyclingmaterialien, recyclingfähige Materialien und serielle Fertigung gezielt. Wir schaffen Anreize für soziales und klimagerechtes Bauen. Die Landesbauordnung passen wir so an, dass CO₂-Bilanz, Flächeneffizienz und ökologische Standards bei der Förderung verbindlich berücksichtigt werden.

Neubauten von Land und Kommunen werden künftig klimaneutral und bevorzugt in Holz- oder Hybridbauweise errichtet. Gleichzeitig setzen wir auf Nachverdichtung, Umnutzung leerstehender Gebäude und die Wiederbelebung von Ortskernen. So verhindern wir Flächenverbrauch durch Neubau auf der grünen Wiese.

Energetische Sanierung wird zum Schwerpunkt der Landesförderung. Wir stärken kommunale Quartiersprojekte, die Bestand bewahren, modernisieren und bezahlbar halten. Wir begrüßen die Einführung von **Typengenehmigungen**, bringen digitale Planungsprozesse weiter voran und verkürzen Bauzeiten ohne Qualitätsverlust. Damit keine sozialen Härten für Einzelne in Wohnungseigentümergeinschaften entstehen, stellen wir sicher, dass die rechtlichen Möglichkeiten und Förderungen auch für diese passgerecht ausgestaltet werden.

Wir schützen unsere Städte vor den Folgen des Klimawandels.

Starkregen, Hitze und Trockenperioden zeigen: Wir brauchen klimaangepasste Städte. Deshalb wird das Schwammstadt-Prinzip Leitbild für bestehende und neue Wohnquartiere. Regenwasser soll vor Ort versickern, gespeichert und zur Kühlung genutzt werden. Neue Bauprojekte berücksichtigen, wo möglich, Schwammstadt-Elemente wie begrünte Dächer, unversiegelte Flächen oder Regenwasserspeicher. Kommunen, die hier vorangehen, unterstützen wir mit einem gezielten Landesförderprogramm. Eine angepasste Landesbauordnung macht klimaresilientes Bauen zur Regel.

Gesundheit & Pflege

WEIL JEDER MENSCH EIN RECHT AUF GESUNDHEIT UND WÜRDE HAT.

Eine gute und flächendeckende Gesundheits- und Pflegeversorgung – unabhängig von Wohnort, Herkunft, Alter, sozialer Lebenssituation, Beeinträchtigung, sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität – ist ein Menschenrecht. Gesundheits- und Pflegeversorgung muss sich am Gemeinwohl ausrichten, nicht an Fragen der Wirtschaftlichkeit und nicht an Renditeinteressen einzelner Unternehmen oder großer branchenfremder Kapitalgesellschaften.

Durch eine konsequente Aufsicht durch das Land über Selbstverwaltung, Krankenhäuser, Gesundheits- und Pflegedienstleister sowie die Krankenkassen wollen wir den Patientenschutz und die Versorgung verbessern. Die Bewältigung der gesundheitlichen und psychischen Folgen der Corona-Pandemie, wie etwa bei Long Covid, ME/CFS und PostVac, hat für uns einen hohen Stellenwert. Daher werden wir die Forschung in diesem Bereich wieder fördern. Das Handeln der Landesregierung während der Pandemie im Gesundheits- und Pflegebereich muss kritisch evaluiert werden.

Wir erhöhen die Mittel für unsere Krankenhäuser um 60 Prozent.

Wir stehen für eine nachvollziehbare, vorausschauende und objektiv messbare Krankenhausplanung mit einer **maximalen PKW-Fahrzeit von 30 Minuten zum nächsten Krankenhaus der Grundversorgung**. Wir bekennen uns zu einer flächendeckenden Geburtshilfe im ganzen Land. Verantwortungslosen Schließungen stellen wir uns entschieden entgegen. Wir richten eine Expert:innenkommission zur Erstellung eines Zukunftsplans Krankenhäuser 2040 ein. Diesen Plan entwickeln wir gemeinsam mit den Landkreisen, Kommunen und den Akteur:innen des Gesundheitswesens. Die **Landesmittel für Krankenhausinvestitionen erhöhen** wir von etwa 500 auf 800 Millionen Euro. Wir stellen sicher, dass unsere Krankenhäuser in jedem Krisenfall handlungsfähig sind. **Sektorenübergreifende Versorgungseinrichtungen¹⁰** bzw. **Primärversorgungszentren¹¹** sind wichtige Angebote für eine flächendeckende Versorgung, die wir unterstützen. Es bedarf zudem einer investiven Förderung von Rettungswachen.

¹⁰ Einrichtungen, in denen verschiedene Versorgungsbereiche zusammen arbeiten, z. B. ambulant und stationär.

¹¹ Erste Anlaufstellen bei Gesundheitsfragen, z. B. bei Hausarztbesuchen oder Impfungen.

Wir unterstützen die **ärztliche Weiterbildung im stationären Bereich** finanziell und verankern sie im Landeskrankenhausgesetz. Die rechtliche Zuständigkeit für den Arbeitsschutz in den Krankenhäusern werden wir in das Landesgesundheitsministerium zurückholen und die Überwachung gebündelt bei den Regierungspräsidien ansiedeln. Rund 80 Prozent der Ärzt:innen sind an unseren Universitätskliniken befristet angestellt. Das kann nicht nur permanente Unsicherheit für die Betroffenen bedeuten, sondern auch der Entwicklung einer echten Fehlerkultur entgegenstehen. Wir werden die Anzahl von unbefristeten Ärzt:innen an den Unikliniken von bisher 20 Prozent auf 50 Prozent in der nächsten Legislaturperiode erhöhen.

Die Ausgliederung von Beschäftigten und Tätigkeiten in Krankenhäusern muss gestoppt und rückgängig gemacht werden. Die SPD setzt sich seit jeher dafür ein, dass die Beschäftigten aller betroffenen Tätigkeiten und Gewerke zurück in den Krankenhausstambetrieb geholt werden.

Wir sichern die ambulante medizinische Versorgung vor Ort.

Die **Besetzung von Kassenarztsitzen** hat für uns höchste Priorität. Es braucht wieder mehr Ärzt:innen in der Patientenversorgung. **Der kassenärztliche Notfalldienst muss für alle Bürger:innen innerhalb von 30 PKW-Fahrminuten erreichbar** sein. Wir kämpfen für den **Erhalt bzw. die Wiedereröffnung** aller im Jahr 2025 bedrohten **Notfallpraxen**.

¹² Die Vereinigungen der Kassenärzt:innen müssen dafür sorgen, dass Patient:innen überall und jederzeit ambulant medizinisch versorgt werden können.

Wir schöpfen alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten aus, um die Kassenärztlichen Vereinigungen KVBW und KZV BW zur flächendeckenden Erfüllung ihres **Sicherstellungsauftrags¹²** zu zwingen. Wir fordern, dass bei der Bedarfsplanung pro Planungsbereich neben der Anzahl der Patient:innen auch die örtliche Demografie sowie die ambulante Versorgungssituation einbezogen werden.

Wir setzen uns für die **Gründung einer Stiftung zur Förderung der ambulanten ärztlichen Versorgung** ein. Ziel dieser Stiftung ist es, die ambulante medizinische Versorgung zu erhalten und dem Ärzt:innenmangel entgegenzuwirken. Wir stehen für einen deutlichen Ausbau der geförderten ambulanten Weiterbildungsstellen.

Wir verkürzen die Wartezeiten bei Anliegen der psychischen Gesundheit.

Gute psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung muss bedarfsgerecht sein und eine den Leitlinien entsprechende Behandlung über alle Versorgungsbereiche hinweg bieten. Stationäre Akutbehandlung, Anschlussversorgung und ambulante Hilfen sind nahtlos und durchgängig miteinander verbunden. Im ambulanten Bereich müssen Bedarfe realistisch geplant werden. Wir ergreifen Maßnahmen, um die **Wartezeiten für ambulante und stationäre Behandlungen deutlich zu verkürzen**.

Wohnortnahe Angebote finanzieren wir ausreichend. Wir stärken die bestehenden gemeindepsychiatrischen Strukturen. Sektorenübergreifende Ansätze werden gestärkt.

Wir stellen ausreichend personelle und räumliche Kapazitäten für den Maßregelvollzug zur Verfügung. Die Sicherheit der Bevölkerung im Rahmen des Besserungsauftrags im Maßregelvollzugs hat für uns besonders hohe Bedeutung. Wir unterstützen eine rechtssichere Einführung der ambulanten Behandlungsweisung. Die ambulante Behandlungsweisung ist eine angeordnete Medikamentation bei langfristig psychisch erkrankten, gefährdenden Menschen. Dies soll zu einer höheren Sicherheit der Patient:innen und der Allgemeinheit führen und stationäre Zwangsaufenthalte vermeiden.

Wir verbessern die gesundheitliche Aufklärung.

Zu Gesundheit gehören **Prävention und Aufklärung** selbstverständlich dazu. Deshalb fördern wir entsprechende Maßnahmen in den Kommunen. Wir bauen Strukturen in den Schulen und Kitas auf, zum Beispiel durch die Einführung von Ersthelfer:innen an Schulen und den Aufbau von Präventionsnetzwerken nach dem Vorbild der Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit. Die soziale Dimension der Gesundheitsförderung und Vorsorge werden wir in den Fokus rücken – auch hinsichtlich geschlechts- und queersensibler Aspekte. Wir verfolgen einen Health-in-All-Policies-Ansatz, der Gesundheit als Querschnittsaufgabe sieht. Gesundheit hängt nicht nur von Medizin und Krankenhäusern ab, sondern auch von Umwelt, Bildung, Arbeit und vielem mehr. Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) braucht eine Neuausrichtung und mehr Personal. Wir werden ihn als Anlaufstelle für Präventionsarbeit weiterentwickeln und dabei den Agentur- und Dienstleistungscharakter stärken.

Es gibt Stadtteile und Quartiere in Baden-Württemberg, in denen fast die Hälfte der Menschen keinen Hausarzt haben. In sozioökonomisch benachteiligten Regionen richten wir deshalb **„Gesundheitskioske“** ein und stellen damit sicher, dass es vor Ort ein leicht zugängliches Angebot gibt. Menschen bekommen dort bei Fragen zu Gesundheitsförderung, Krankheit und Pflege Informationen und Unterstützung.

Wir bauen telemedizinische Angebote aus.

Wir stärken **telemedizinische Angebote**. Die Barrierefreiheit telemedizinischer Angebote ist dabei wesentlich. Wir verbessern die sichere Datenweitergabe im Gesundheitswesen. Ebenso unterstützen wir zur Entlastung des Pflegepersonals die Umstellung auf digitale Dokumentation. Wir erstellen eine digitale Plattform, auf der freie Pflegeplätze vermittelt werden können.

Wir gewinnen neue Ärzt:innen für ganz Baden-Württemberg.

Um dem Ärzt:innenmangel zu begegnen, erhöhen wir im Rahmen des **Landärzteprogramms** die Zahl der Medizinstudienplätze um 500. Wir werden die Bedingungen im Praktischen Jahr verbessern und die Vergütung an den BAföG-Höchstsatz anpassen. Darüber hinaus beginnt für uns medizinische Versorgung nicht erst beim Arzt. Gut ausgebildete Fachkräfte wie **Community Health Nurses** können Teile der Versorgung übernehmen, die bisher Ärzt:innen vorbehalten waren. In der Ausbildung in den Therapieberufen wollen wir – wie in anderen Bundesländern – das **Schulgeld abschaffen**.

Wir bekennen uns zu einer gezielten **Anwerbung von Fach- und Assistenzkräften im Gesundheitswesen und in der Pflege**. Die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen im Gesundheitswesen muss gebührenfrei, schnell und weniger bürokratisch sein. Wir streben an, Pflegekräfte im Ausland für die Versorgung in Baden-Württemberg auszubilden und ins Land zu holen. Ebenso erhöhen wir die Ausbildungskapazitäten im Land. Wir wollen wieder mehr Menschen für die Assistenz Ausbildung in der Pflege gewinnen und davon wieder einen höheren Anteil in eine verkürzte Fachkraftausbildung bringen. Im Sinne einer kultursensiblen Pflege fördern wir unter anderem die Beschäftigung von Menschen mit unterschiedlichen Migrationshintergründen, die dabei helfen, Sprachbarrieren und andere Hindernisse zu überwinden. Die Arbeitsbedingungen in der Pflege müssen verbessert werden, damit Menschen länger im Beruf bleiben wollen und können. Die Akademisierung in den Gesundheitsberufen sehen wir als sinnvolle Ergänzung zu den bestehenden Fachkräfteausbildungen.

Wir sorgen dafür, dass jede:r im Alter gute Pflege erhält.

Wir führen ein sozialversicherungspflichtiges **Gehalt für pflegende Angehörige** ein. Die ambulante Pflege bauen wir weiter aus und unterstützen eine entsprechende Quartiersentwicklung. Ambulant betreute Wohngemeinschaften bringen wir weiter voran und fördern sie finanziell.

¹³ Fachkräfte aus der Alten- und Krankenpflege, die besonders alte Menschen vorbeugend besuchen, beraten und unterstützen.

Für **präventive Hausbesuche bei älteren Menschen** schaffen wir im ganzen Land das Angebot **„GemeindeschwesterPlus“¹³**.

Wir etablieren eine verbindliche lokale und regionale Pflegeplanung in Zusammenarbeit mit den Pflegekonferenzen. Wir treiben den qualitativen und quantitativen Ausbau der Tages- und Kurzzeitpflege voran.

Der **Eigenanteil bei den Kosten** in der stationären Pflege und in den ambulant betreuten Wohngemeinschaften soll sinken. Dafür übernimmt das Land wieder Verantwortung für die Förderung und Investitionskosten von Pflegeeinrichtungen.

Das Ordnungsrecht wird aktiv genutzt, um die **Qualität in der stationären Pflege und in ambulant betreuten Wohngemeinschaften** zu sichern. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, müssen Ausbildungsstellen auskömmlich finanziert und durch die Kostenträger anerkannt werden. Die Mitwirkungsmöglichkeiten von Bewohner:innen in den Einrichtungen verbessern wir. Wir fordern WLAN in allen Pflegeheimen. Ebenso schaffen wir eine unparteiische Ombudsstelle, um die Rechte von Patient:innen und Pflegebedürftigen zu stärken. Pflegestützpunkte entwickeln wir weiter und verbinden sie mit einer aufsuchenden sowie einer digitalen Beratung.

Wir setzen uns dafür ein, dass es in jedem Stadt- und Landkreis mindestens ein **stationäres Hospiz** gibt. Den ambulanten Hospizdienst stärken wir.

Wir investieren in mehr Suchtprävention und -beratung.

Wir stärken die **Prävention durch die Suchthilfe** ganz besonders für Kinder, Jugendliche und Heranwachsende. Die Suchtberatung wollen wir besser finanzieren. Wir schaffen ein gut ausgebautes Angebot zur gesundheitlichen Versorgung von abhängigen oder suchtgefährdeten Menschen. Hierbei muss es auch möglich sein, sauberes Konsumbesteck auszugeben oder eine Analyse von Drogen durchführen zu lassen (Drug-Checking). Wir unterstützen die bedarfsgerechte Einrichtung von Drogenkonsumräumen. Unser Ziel ist es, den **Konsum von legalen und illegalen Drogen deutlich zu verringern** und nicht die Konsumierenden zu kriminalisieren.

Die Angehörigen suchtkranker Menschen werden häufig als Opfer von Suchterkrankungen übersehen. Deshalb wollen wir die Beratung für Angehörige suchtkranker Menschen stärken und besser finanzieren, insbesondere für Kinder und Jugendliche.

Wir setzen uns dafür ein, dass auch im Außenbereich von Restaurants und Cafés mit Bestuhlung, wo Speisen und Getränke konsumiert werden können, entweder nicht geraucht oder eine Raucherecke so eingerichtet wird, dass Nichtraucher*innen nicht vom Zigarettenrauch belastigt werden.

Familien, Soziales & Gleichstellung

WEIL NIEMAND ZURÜCKGELASSEN WERDEN DARF.

Familien, Kinder, Jugendliche, Alleinerziehende und Senior:innen sowie Menschen, die von Armut betroffen sind, verdienen eine konsequente Politik.

Wir stehen für eine solidarische und gerechte Gesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Alter, ihrem Geschlecht oder ihrer Lebenssituation gleiche Chancen auf Teilhabe haben. Unser Ziel ist es, soziale Ungleichheiten und Armut zu bekämpfen, Familien zu stärken und gleichwertige Lebensverhältnisse in Baden-Württemberg zu schaffen. Anders als die bisherige Regierung sehen wir hier eine besondere landespolitische Verantwortung.

Eine gute Sozialpolitik muss dafür Doppelstrukturen und Reibungsverluste vermeiden, unnötige Bürokratie abbauen und Digitalisierung vorantreiben. Sie muss ihre Aufgaben im ganzen Land erfüllen können. Wir entwickeln landespolitische Steuerungsmöglichkeiten und stellen dafür dauerhaft mehr Gelder bereit. Zudem unterstützen wir die freie Wohlfahrtspflege finanziell bei der Sanierung von Gebäuden.

6.1 FAMILIEN

Wir verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft und verdienen die bestmögliche Unterstützung. Wir setzen uns dafür ein, dass **Bildung von Anfang an kostenfrei** ist. Deshalb wollen wir alle Kitas und Kindergärten gebührenfrei machen. Wir treiben den Ausbau von Ganztagschulen mit verbindlicher Betreuung bis in den Nachmittag flächendeckend voran. Damit dies gelingt, stärken wir die Ausbildung und Arbeitsbedingungen von Fachkräften in der Kinderbetreuung und sorgen so für Qualität und Verlässlichkeit. Für **mehr Kita-Plätze** nehmen wir 50 Millionen Euro in die Hand, um den Direkteinstieg in die Kita-Arbeit sowie die praxisintegrierte Ausbildung zu stärken.

Wir werden die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern**. Das Land muss mit gutem Beispiel vorangehen und in seinen eigenen Institutionen familienfreundliche Arbeitszeitmodelle ermöglichen. Besonderes Augenmerk legen wir auf die Unterstützung von Alleinerziehenden durch zusätzliche Betreuungsplätze, Beratungsangebote und gezielte Förderprogramme.

Darüber hinaus investieren wir in eine **familienfreund-**

liche Infrastruktur – von sicheren Schulwegen bis hin zu mehr Freizeit- und Kulturangeboten für Kinder und Jugendliche in Stadt und Land. Wir steigen wieder in die gemeinnützige Familienerholung ein und schaffen mehr wohnortnahe Angebote für Ferienbetreuung. Wir entwickeln eine Familien-App mit einem für alle Familien gültigen Landesfamilienpass. Dieser bietet einfachen Zugang zu Vergünstigungen und Informationen über Ferienangebote, Spielplätze und familienfreundliche Einrichtungen.

Die **Familienbildung** wird dauerhaft finanziert, um insbesondere offene Treffs und Familien-Lots:innen abzusichern. Wir führen flächendeckend **aufsuchende Familienbesuche für alle Familien mit Neugeborenen** ein, um einfach und frühzeitig Unterstützung anzubieten. Wir wollen die Familienförderstrategie zuverlässig umsetzen. Einen besonderen Fokus legen wir dabei auf Familien in besonderen Lebenslagen und die Stärkung der frühen Hilfen. Angebote der Bildung, Beratung, Erholung und Teilhabe müssen überschaubar, niederschwellig, barrierefrei und qualitativ einheitlich sein.

Mit einer solchen Politik stellen wir sicher, dass in Baden-Württemberg Familien gestärkt werden, Kinder Chancengleichheit haben und das Zusammenleben solidarisch ist.

Wir weiten den Kinderschutz und die Jugendhilfe massiv aus.

Kinder und Jugendliche verdienen besonderen Schutz und Förderung. Mit gleichen Standards für alle Jugendämter und einer besseren Zusammenarbeit der Akteur:innen stärken wir den Kinderschutz in Baden-Württemberg. In allen Kitas und Schulen des Landes muss es wirksame Kinderschutzkonzepte geben. Wir wollen Anreize für Schutzkonzepte in allen Einrichtungen schaffen, in denen sich Kinder und Jugendliche regelmäßig aufhalten. Wir werden die Empfehlungen der Kommission Kinderschutz konsequent umsetzen.

An allen Schulen soll es **Zugang zu Jugendhilfe** geben. Die Hälfte der Kosten für die Schulsozialarbeit bezahlt zukünftig das Land. Die Kinder- und Jugendhilfeplanung auf Landesebene sichern wir langfristig. Sie soll in der Landesregierung sowie mit der freien und öffentlichen Jugendhilfe abgestimmt sein. Mit einer koordinierten Strategie wollen wir mehr Personal für die Kinder- und Jugendhilfe gewinnen. Wir stellen mehr Plätze in Kinder- und Jugendpsychiatrien zur Verfügung sowie teilstationäre Angebote und Angebote für junge Erwachsene. Wir stärken die Früh-

erkennung und ambulante Versorgung. Den Masterplan Jugend werden wir weiter vorantreiben und stärken.

6.2 SOZIALE TEILHABE

Wir stärken die Beteiligung von Senior:innen.

Senior:innen kommt in unserer älter werdenden Gesellschaft eine wichtige Rolle zu. Sie brauchen angemessenen Wohnraum und Unterstützung, um ein Leben in Würde führen zu können. Ältere Menschen sind Expert:innen für ihre eigenen Bedürfnisse. Ihre Erfahrungen, Anliegen und ihr Engagement müssen **in politische Entscheidungsprozesse** einbezogen werden, sowohl auf Landesebene als auch in den Gemeinden und Kommunen. Gute Seniorenpolitik braucht innovative Konzepte, gemeinsames Engagement, ressortübergreifende Zusammenarbeit und einen kontinuierlichen Austausch mit Fachorganisationen. Dafür führen wir eine **landesweite Analyse der Lebenslagen älterer Menschen** durch, die regelmäßig aktualisiert wird und konkrete Handlungsempfehlungen liefert.

Wir schaffen ein **Solidarticket für bedürftige Senior:innen, fördern Bürgerbusse und On-Demand-Angebote für bessere Mobilität** im ländlichen Raum. Wir bauen Begegnungsorte sowie aufsuchende Beratungsangebote aus. So stärken wir die soziale Teilhabe und verhindern Einsamkeit. Der demografische Wandel ist eine Chance für mehr Solidarität, soziale Innovationen und ein gutes gesellschaftliches Miteinander der Generationen.

Wir treiben die Inklusion weiter voran.

Wir treiben die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention weiter voran. Die staatliche Verantwortung, Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben, Wohnen und Teilhabe zu ermöglichen, nehmen wir sehr ernst. Gemeinsam mit sozialen Trägern der Eingliederungshilfe setzen wir diese Aufgabe konsequent um.

Wir verbessern die Chancen zur Teilhabe an den Bildungseinrichtungen unseres Landes, schaffen barrierefreien Wohnraum, verbessern die Zugänge in den Arbeitsmarkt und die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen. Wir verbessern die **Eingliederungshilfe** in Baden-Württemberg. Dabei achten wir besonders darauf, dass die Unterstützung gut zu den einzelnen Menschen passt, ihren tatsächlichen Bedarf abdeckt und sinnvoll organisiert ist. Mehr- und Verwaltungskosten lagern wir nicht länger auf die Kommunen aus.

Die Wünsche der Menschen nach inklusivem Wohnen und Arbeiten erfordern Anpassungen in der Wohnungspolitik und der Stadtplanung sowie eine Reform der Werkstätten und Ausbildungsangebote. Das Budget für Arbeit und Ausbildung muss stärker genutzt werden, um **sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen außerhalb von Werkstätten zu fördern**. Die seit Jahren unterschrittene gesetz-

liche Quote für Angestellte mit Schwerbehinderung in der Landesverwaltung wollen wir schnellstmöglich wieder einhalten. Wir unterstützen Familien mit Kindern mit Behinderung durch **familienentlastende Angebote und ausreichend Plätze in der Kurzzeitbetreuung**.

Wir ermöglichen Taubblinden und Gehörlosen ein selbstbestimmtes Leben.

Menschen mit Behinderung sollen ein aktiver und selbstständiger Teil unserer Gesellschaft sein können. Deshalb fordern wir ein Taubblinden- und Gehörlosengeld, das dynamisiert und regelmäßig an die realen Lebenshaltungskosten angepasst wird. Die Pauschale soll nach Vorbild von Berlin und Brandenburg als Nachteilsausgleich für Betroffene fungieren und fördert, dass ein selbstbestimmtes Leben von taubblinden und gehörlosen Menschen im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention möglich ist.

Wir reduzieren die Armut im Land und deren Folgen.

Armut ist auch in Baden-Württemberg eine zentrale Herausforderung der Sozialpolitik. Wir wollen armutsgefährdete Gruppen wie Alleinerziehende, Kinder, Jugendliche und Senior:innen gezielt unterstützen und die Wohnungslosigkeit bekämpfen und präventiv verhindern. Mit einem **quartiersbezogenen Ansatz** kämpfen wir gegen Armut, schaffen mehr Wohnraum und fördern das kulturelle Leben besonders dort, wo sich Armut verfestigt hat. Wir sorgen dafür, dass alle Kinder ein **kostenloses, vom Land finanziertes Mittagessen in Kita und Schule sowie einen Zugang zu Sport-, Musik-, Kultur- und sonstigen Freizeitangeboten** erhalten. Wir bauen die Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut weiter aus. Wir sorgen für genügend Schuldnerberatungsstellen im Land, die ausreichend finanziert sind. Ergänzt werden diese durch Jugendschuldnerberatungen mit Angeboten rund um Prävention und Finanzbildung. Als Basis für eine strategische Armutsbekämpfung erstellen wir für das Land wieder alle fünf Jahre einen eigenständigen **Armuts- und Reichtumsbericht**.

Wir geben Wohnungslosen ein Dach über dem Kopf.

Wir wollen mithilfe eines Landesaktionsplans Wohnungslosigkeit bis 2030 in Baden-Württemberg überwinden. Unser Ziel ist ein breites Hilfesystem, das den unterschiedlichen Bedürfnissen in allen Stadt- und Landkreisen mit entsprechenden Fachstellen gerecht wird. Wir machen **Wohnungsnotfallhilfe**, zum Beispiel zur Wohnraumsicherung, zum zentralen Bestandteil der Sozialplanung. „Housing First“ bauen wir deutlich aus. Wir legen Wert auf menschenwürdige Unterbringung, die einheitliche Mindeststandards voraussetzt und aufsuchende Hilfen vorsieht. Vor allem wohnsitzlose Frauen, Wohnungslose mit psychischer Erkrankung und/oder Pflegebedarf und junge Erwachsene brauchen genügend Angebote. Hierzu müssen Synergien zwischen verschiedenen Rechtskreisen und gemeinsame Finanzierungskonzepte geschaffen werden. Wir bekennen uns zum zentralen politischen Ziel, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Wir tun etwas gegen Einsamkeit und Isolation.

Wir wollen der gestiegenen Einsamkeit in unserer Gesellschaft entgegenwirken. Mit Begegnungsorten, Nachbarschaftsprojekten und digitalen Plattformen schaffen wir Gelegenheiten für soziale Kontakte und stärken den Zusammenhalt. Neben einer groß angelegten Erhebung zur sozialen Isolation im Land wollen wir eine Landesstrategie gegen Einsamkeit schaffen. Diese bündelt Maßnahmen wie Präventionsangebote und etabliert Gemeindeschwesterntuplus im ganzen Land.

Wir schaffen neue Anreize für den Freiwilligendienst.

Freiwilligendienste wie das FSJ sind ein wichtiger Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir bekennen uns zu einem Recht auf Freiwilligendienst für junge Menschen. Wir erhöhen die Landesförderung mit dem Ziel, Freiwilligendienste attraktiver zu gestalten. Wir wollen kostenlose ÖPNV-Tickets für Freiwilligendienstleistende stellen und mehr Einsatzmöglichkeiten schaffen.

6.3 GLEICHSTELLUNG

Wir gehen gegen den Gender-Pay-Gap und Gewalt gegen Frauen vor.

Baden-Württemberg bleibt bei der Gleichstellung von Frauen und Männern weiter Schlusslicht. Nur 41 Prozent der erwerbsfähigen Frauen sichern ihren Lebensunterhalt durch eigene Erwerbstätigkeit. Viele Frauen rutschen in die Altersarmut, während Frauen gleichzeitig wöchentlich über neun Stunden mehr unbezahlte Arbeit leisten als Männer. Gleichstellung muss aber in einem modernen Bundesland selbstverständlich sein. Wir wollen Baden-Württemberg hier in den nächsten fünf Jahren spürbar voranbringen. Dazu verbessern wir die Bedingungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und sorgen für ein starkes Gewalthilfesystem.

In keinem Bundesland sind die Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen so groß wie in Baden-Württemberg. Wir entwickeln einen **Aktionsplan zur Beseitigung des Gender-Pay-Gaps**. So ergreifen wir Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zur Lohntransparenz sowie zu diskriminierungsfreien Karrierewegen. Besonders erleichtern wollen wir die Arbeitsmarktintegration migrantischer Frauen. Wir unterstützen die Kontaktstellen Frau und Beruf.

Wir erstellen eine Novelle der Gleichstellungsstrategie des Landes, in der konkrete Maßnahmen und Instrumente benannt werden, die in allen Politikbereichen umgesetzt werden. Diese wird mit einem wirksamen Monitoring hinterlegt. Die Umsetzung der Gleichstellungsstrategie werden wir finanziell und personell besser ausstatten.

Wir wollen, dass in Baden-Württemberg mehr Frauen in Führungspositionen, in Aufsichtsräte und in Entscheidungsgremien kommen. Dazu streichen wir Ausnahmetatbestände aus dem Chancengleichheitsgesetz. Die SPD besetzt Gremien, auf die sie selbst Einfluss hat, paritätisch.

Das Chancengleichheitsgesetz passen wir mit Blick auf kommunale Gleichstellungsbeauftragte und Beauftragte für Chancengleichheit an, um deren Rechte zu stärken.

Die hohen und vor allem steigenden Zahlen bei **Gewalt an Frauen und Femiziden** sind nicht hinnehmbar. Jede Frau hat einen Rechtsanspruch auf Schutz vor Gewalt. Wir passen das Gewalthilfegesetz für Baden-Württemberg an, um diesen umzusetzen. Wir **erhöhen die Zahl der Beratungsstellen, der Frauen- und Kinderschutzhäuser und der Gewaltschutzambulanzen** in Baden-Württemberg. In jedem Landkreis soll es mindestens einen Frauenhausplatz pro 10.000 Einwohner:innen geben. Wir verpflichten uns zur konsequenten Umsetzung der Istanbul-Konvention in Baden-Württemberg und benennen Femizide als das, was sie sind: Morde an Frauen, weil sie Frauen sind. Häusliche Gewalt darf kein Tabuthema bleiben. Wir verbessern die strafrechtliche Verfolgung, setzen elektronische Fußfesseln konsequent ein und stellen sicher, dass Schutz- und Präventionsmaßnahmen flächendeckend verfügbar sind. Die Landeskoordinierung spezifischer Fachberatung bei sexualisierter Gewalt in Kindheit und Jugend (LKSF) stärken wir. Das Gesetz bietet ebenso Schutz vor Menschenhandel und Zwangsprostitution, Ausstiegshilfen sowie wirksame Prävention zur Loverboy-Methode.

Im Hinblick auf Gewaltprävention nehmen wir die Aufklärung zum Thema Internetpornographie und zu den dort vermittelten stereotypischen Geschlechterrollen in die schulische Bildung auf.

Das Ziel muss letztendlich sein, dass weniger Gewalt ausgeübt wird. Deshalb braucht es einen Ausbau von Beratungsstellen für Täter*innen und tatgeneigte Personen sowie Beratungsstellen zur Schlichtung. Im Bereich des Gewaltschutzes für Frauen, insbesondere Frauen mit Kindern, besteht ein großer Verbesserungsbedarf.

Für Menschen mit diverser Geschlecht und Männer muss bei Schutzhäusern ebenfalls nachgebessert werden.

Wir verbessern die Frauengesundheit und stärken die Selbstbestimmung.

Unser Ziel ist eine **gute gynäkologische Versorgung für alle Frauen** – wohnortnah, zuverlässig und ohne lange Wartezeiten. Wir lehnen es ab, Geburten oder sensible Eingriffe wie bei Myomen, Eileiterschwangerschaften oder Krebserkrankungen zu stark in den ambulanten Bereich zu verlagern. Solche Angebote soll es nur geben, wenn die Versorgung gesichert ist und zusätzliche Unterstützung bereitsteht.

Die Situation der **Beleghebammen** wollen wir verbessern. Geburtshilfe darf kein Verlustgeschäft sein. Deshalb sorgen wir für eine verlässliche Finanzierung, fördern regionale Netzwerke und unterstützen hebammengeleitete Geburtshäuser und Kreißsäle.

Wir stärken das **Selbstbestimmungsrecht von Frauen und die Versorgungssicherheit bei Schwangerschaftsabbrüchen**. Kostenfreie Schwangerschaftsabbrüche gehören zur Grundversorgung. Diese müssen Teil der ärztlichen Aus- und Weiterbildung sein. Wir stellen sicher, dass es überall im Land Zugang zu Beratung gibt, die zukünftig auch online möglich sein soll. Außerdem gewährleisten wir, dass in jedem Teil Baden-Württembergs in zumutbarer Entfernung eine Abtreibung möglich ist. Eine angemessene flächendeckende Versorgung machen wir zum Gegenstand einer verbindlichen Landeskrankenhausplanung. Wir werden eine landesweite Informationsplattform zu Angeboten von Schwangerschaftsabbrüchen einrichten.

6.4 QUEERES LEBEN

Die queere Community ist bunt, stark und selbstbewusst wie nie. Auf Initiative der SPD-Landtagsfraktion wurde Baden-Württemberg einstimmig zum LSBTIQA+-Freiheitsraum erklärt – dem ersten in einem deutschen Flächenland. Für queere Menschen waren die letzten Jahre gute Jahre. Zur Realität gehört aber auch, dass die queere Community immer stärker von rechten, reaktionären Kräften bedroht wird. Der Kampf der nächsten Jahre ist daher offensichtlich ein Kampf gegen Rückschritte. Wir stehen an der Seite queerer Menschen.

Den **Aktionsplan „Für Akzeptanz und gleiche Rechte“ sichern** wir durch ein Landesgesetz ab. Das Netzwerk LSBTTIQ wollen wir in Zukunft strukturell finanzieren. Wir setzen eine:n Queerbeauftragte:n auf Landesebene ein.

Wir machen Schulen zu sichereren Orten.

Queere Kinder und Jugendliche oder Kinder aus Regenbogenfamilien erleben im Schulalltag teilweise Diskriminierung und Gewalt. Das muss sich ändern. Dazu machen wir vorhandene Vorgaben im Bildungsplan verbindlicher. Ziel ist es zudem, Lehrkräfte in diesem Bereich besser aus- und fortzubilden.

Wir unterstützen und erleichtern queeres Leben in Stadt und Land.

Gleiche Lebensbedingungen sind für uns keine Frage des Wohnorts. Wir wollen Anlaufstellen schaffen, um gezielt weiterhelfen zu können. Queere Vereine, besonders Jugendvereine, fördern wir gezielt. Wir nehmen das Zusammenwirken mehrerer Diskriminierungsformen, wie zum Beispiel „Queer und Behinderung“, „Queer und Religion“ oder „Queer und Migration“ in den Blick und schaffen entsprechende Angebote. Die bereits vorhandenen Be-

ratungsangebote in der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit bauen wir aus. Wir begrüßen es, dass in den letzten Jahren immer mehr Pride-Demonstrationen (Christopher Street Day) in Baden-Württemberg stattfanden, auch und gerade in ländlichen Regionen. Aber ebenso nehmen rechte Gegenaktionen und Bedrohungen zu. Wir werden dafür sorgen, dass Demonstrationen für Gleichstellung und queere Rechte sicher und friedlich stattfinden können.

Wir bauen Diskriminierung im Gesundheitswesen ab.

Gesundheit ist vielfältig, genauso wie die Lebensrealitäten von queeren Menschen in Baden-Württemberg. Doch noch immer haben queere Personen schlechteren Zugang zu passgenauer medizinischer Versorgung, sei es durch fehlende Fachkenntnisse, diskriminierende Erfahrungen oder zu wenige spezialisierte Angebote. Wir stärken queere Gesundheit gezielt, indem wir Diskriminierung im Gesundheitswesen abbauen, Versorgungsstrukturen ausbauen und Forschungslücken schließen. Trotz der vielen Behandlungsmöglichkeiten zu HIV/Aids und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten bleibt es wichtig, zu forschen und darüber zu informieren, wie man sich vor Übertragung und Ansteckung schützen kann. Wir bekennen uns zu der Landesfinanzierung der Aids-Hilfen im Land auf dem jetzigen Niveau.

Inneres, Migration & Justiz

WEIL JEDER MENSCH SICHERHEIT VERDIENT.

7.1 INNERES

Der Zusammenhalt unseres Gemeinwesens und der Bestand unserer Demokratie werden tagtäglich auf eine harte Probe gestellt. Nie war der Druck auf die zentralen Werte unserer Verfassung und auf die Demokratie so hoch wie jetzt: Rechtsextremismus, islamistischer Terror, eine Zunahme von Antisemitismus, Rassismus und Desinformation durch ausländische Akteure bedrohen unsere freiheitlich demokratische Grundordnung. Wir halten dagegen und setzen auf einen starken Staat, der für uns kein Selbstzweck, sondern der Garant für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Pluralität, Respekt und Toleranz ist.

Wir intensivieren die politische Bildung auf allen Ebenen.

Prävention und politische Bildung sind die beste Vorsorge vor extremistischen Straftaten und vor einem Abrutschen in extremistische Szenen. Wir werden daher die **Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung und der Demokratiezentren stärken**.

Vereine, Initiativen und Ehrenamtliche, die sich für die Demokratie oder für den Zusammenhalt der Gesellschaft einsetzen, fördern wir strukturell und finanziell. Hierzu ist die **Einführung eines Landesprogramms „Wehrhafte Demokratie“** vorgesehen, das Projekte zivilgesellschaftlicher Akteur:innen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention nachhaltig finanziell absichert. Immer mehr kommunal Engagierte sehen sich Bedrohungen ausgesetzt. Wir fordern in Zusammenarbeit mit Polizei, Landeskriminalamt und Verfassungsschutz ein Landesprogramm zum Schutz von Kommunalpolitiker:innen – mit Präventionsangeboten, Beratung und rechtlichem Beistand.

Wir erhöhen die Landesmittel über die bisherige Kofinanzierung hinaus, um mehr Projekte zu ermöglichen und neue Zielgruppen zu erreichen. Gleichzeitig schaffen wir **mehrfährige Förderzusagen**, damit Träger und Initiativen langfristig planen können. Insbesondere wollen wir **Präventionsarbeit und politische Bildung** in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit sowie im Vorschulbereich weiter stärken. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Desinformation, Fake News und Hassbotschaften extremistischer Akteure in sozialen Medien erfordert ein umfassendes Konzept zur Förderung der Medienkompetenz auf allen Ebenen. Bestehende Ausstiegsprogramme bei dem Kompetenzzentrum gegen Extremismus Baden-Württemberg (konex) werden erweitert und finanziell an-

gemessen ausgestattet. Wir legen ein besonderes Augenmerk auf die **Arbeit der Gedenkstätten und der Lern- und Dokumentationszentren zum Nationalsozialismus** im Land.

Eine freie Presse ist essenziell für Demokratie. Ihre Unabhängigkeit muss geschützt und Journalist*innen effektiv vor Angriffen bewahrt werden.

Wir schützen die Demokratie und stärken den Verfassungsschutz.

Die aktuellen Bedrohungen erfordern, dass wir die **Abwehrkräfte unserer Demokratie** verstärken. In Baden-Württemberg muss unmissverständlich klar sein: Organisationen und Vereine, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung stellen, bekommen es mit unserem Rechtsstaat zu tun. Die größte Bedrohung für die verfassungsmäßige Ordnung geht vom Rechtsextremismus aus, den es entschieden zu bekämpfen gilt. Es gilt der Grundsatz: Wenn in unserem Land Hass, Hetze und Antisemitismus verbreitet werden, wenn zu Gewalt aufgerufen wird, wie beispielsweise in islamistischen Gebetsräumen – dann schließen wir diese Räume.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat auf über 1100 Seiten ausführlich dargelegt, dass es sich bei der AfD um eine rechtsextreme Partei handelt, die unsere Demokratie bedroht. Eine solche Gefährdung unserer Demokratie werden wir nicht hinnehmen. Wegen der besonderen Rolle und Privilegierung von Parteien sieht unsere Verfassung das Verbot einer Partei als äußerstes Mittel unserer wehrhaften Demokratie vor, wenn das Bundesverfassungsgericht in einem Prüfverfahren zu dem Schluss kommt, dass die Partei verfassungswidrig sei. Jetzt ist die Zeit, dass die antragsberechtigten Verfassungsorgane (Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung) die Voraussetzungen schaffen, um unverzüglich einen Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der AfD stellen zu können. Wir wollen deshalb in der Landesregierung über den Bundesrat darauf hinwirken, dass eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe mit einer Sammlung von Materialien für ein Feststellungsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht beginnt und Gutachter:innen benannt werden, die das Material daraufhin prüfen, ob damit der Nachweis der Verfassungswidrigkeit der AfD erbracht werden kann. Sofern ausreichendes Material vorliegt, betrachten wir es als demokratische Pflicht, dass durch eines der antragsberechtigten Verfassungsorgane eine gut substantiierte Antragsstellung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der AfD beim Bundesverfassungsgericht nach Art. 21 GG erfolgt.

Das Landesamt für Verfassungsschutz muss personell und technisch so ausgestattet sein, dass es Bedrohungen durch politischen Extremismus, Terrorismus, Spionage und Cyberangriffe sowie Beeinflussung durch ausländische Autokratien rechtzeitig erkennen und einschätzen kann. Neben Investitionen in die Ausstattung und Einsatzfähigkeit ist eine zeitgemäße Unterbringung des Landesamtes unabdingbar. Ein starker Verfassungsschutz braucht eine starke parlamentarische Kontrolle. Um diese noch besser umsetzen zu können, richten wir einen Ständigen Bevollmächtigten ein. Dieser unterstützt das Parlamentarische Kontrollgremium dauerhaft und kann in seinem Auftrag Sachverhalte näher überprüfen.

Wir verbessern die Besoldung von Polizist:innen.

Wir wollen eine Polizei, die unsere vielfältige Gesellschaft widerspiegelt. Deshalb setzen wir uns für gezielte Anwerbung von Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte ein. Wir sorgen für einen **attraktiven Polizeidienst**, indem wir die allgemeine Zulage und die **Zulage für den lageorientierten Dienst erhöhen**.

Aufstiegchancen in den gehobenen Dienst müssen verbessert werden.

Wir stellen die psychosoziale Unterstützung für Polizeibeschäftigte gut und breit auf und sorgen für genügend Personal, damit alle Polizist:innen mit ihren unterschiedlichen Hintergründen, religiösen oder weltanschaulichen Überzeugungen Hilfe finden können.

Die Spitze der Polizei muss ein klares Zeichen setzen, dass sexuelle Belästigung nicht geduldet wird. Es bedarf hierfür einer **Dienstvorschrift zum Umgang mit sexueller Belästigung**. Menschen, die jegliche Missstände offenlegen, müssen geschützt werden. Meldewege für Vorfälle müssen klar festgelegt und kommuniziert werden, die weiteren Schritte inklusive eines Zeitplans müssen klar sein.

Bei der Analyse großer Datenmengen durch die Polizei muss die eingesetzte Software alle deutschen und europäischen Datenschutzstandards erfüllen. Hierfür muss gerade im Sinne der digitalen Souveränität eine europäische Softwarelösung gefunden werden. Wir lehnen deshalb insbesondere die Einführung der Analysesoftware der Firma Palantir in Baden-Württemberg ab.

Wir stellen kürzere Hilfsfristen sicher und investieren in neue Rettungswachen.

Im Rettungsdienst werden durch die Verkürzung der Hilfsfristen Investitionen nötig, insbesondere in neue Rettungswachen. Der von den Rettungsdienstorganisationen errechnete Bedarf muss mit Unterstützung des Landes auch bewältigt werden. Dies gilt ebenso für die Feuerwehren in diesem Land, die bereits jetzt vor großen Herausforderungen stehen. Sie leisten mit Brandbekämpfung, der Rettung von Menschen in Not und der technischen Hilfe

bei Unfällen oder Katastrophen einen zentralen Beitrag zu unserer Gesellschaft.

Im Notfall zählt jede Minute. Wir wollen eine effektive Rechtsaufsicht beim Rettungsdienst und damit die **Hilfsfristen sicherstellen**. Die Alarmierung von Ersthelfer:innen per Smartphone stellt einen wichtigen Teil der Rettungskette dar. Wir sorgen dafür, dass überall die Umsetzung und Finanzierung sichergestellt wird sowie die Ausbildung und Gewinnung neuer Ersthelfer*innen ausgebaut werden kann.

Wir investieren in einen umfassenden Katastrophenschutz.

Der Klimawandel und die damit verbundene Zunahme von Extremwetter wie Starkregen, Hochwasser, Stürme oder Hitzewellen stellen den Katastrophenschutz vor neue Herausforderungen. Wir investieren in **präventive Maßnahmen wie Hochwasserschutzanlagen, Starkregenmanagement oder auch die Überprüfung von Brücken**, um viel höhere Kosten im Schadensfall zu vermeiden. Statt kleinteiliger Förderprogramme wollen wir einen **landeseigenen Notfallfonds**, der Landkreise und Kommunen bei der Katastrophenbewältigung unterstützt. Ebenso muss das Land den **Ausbau eines Sirennetzes** selbst in die Hand nehmen. Die Bevölkerung wird über die Art und Weise der Warnungen besser informiert, um im Krisenfall besser vorbereitet zu sein. Wir sorgen für eine auskömmliche Finanzierung der Einheiten und deren Ausstattung durch das Land. Wir stehen für gleiche Rechte für alle Einsatzkräfte im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz, auch unterhalb der Katastrophenschwelle.

Wir fordern ein zentrales **Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz**, um die Koordinierung zwischen den Ebenen und den Katastrophenschutzbehörden in den Kreisen sicherzustellen. So kann man sowohl regional unterschiedlichen Auswirkungen als auch vergleichbaren Gegebenheiten gerecht werden. Wir wollen ein Kompetenzzentrum für inklusive Katastrophenvorsorge auf Landesebene schaffen, das die Koordination von Schulungen, die Netzwerkarbeit und die Qualitätsentwicklung stärkt. Wir stellen alle Kräfte, die unseren Rechtsstaat auf der Straße vertreten, wie beispielsweise Gerichtsvollzieher:innen, mit schuss- und stichfesten Sicherheitswesten aus.

Wir verstärken den Kampf gegen Hasskriminalität.

Noch immer werden Menschen aus Motiven gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit angegriffen, beleidigt und körperlich verletzt. Hasskriminalität muss regelmäßig im Sicherheitsbericht des Landes behandelt werden. Eine verpflichtende Schulung von Polizist:innen im **sensiblen Umgang mit Opfern von Hasskriminalität** unter Berücksichtigung von Menschen, die von Mehrfachdiskriminierungen betroffen sind, ist notwendig. Wir werden ein landesweites **Meldetool für Betroffene von Hassgewalt** einrichten.

Wir bekämpfen die Diskriminierung im Alltag.

Im direkten Kontakt mit staatlichen Institutionen, sei es in Form von Behörden oder des Vollzugsdienstes, sind Menschen besonders verletzlich. Dies gilt besonders für Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind. Um Vertrauen in den Staat zu fördern und Bürger:innen effektiv zu schützen, werden wir ein **Landesantidiskriminierungsgesetz** schaffen. Das Gesetz wird mindestens ein Diskriminierungsverbot, einen Unterlassungsanspruch und eine wirksame Schadensersatzregelung enthalten.

Wir stehen zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Wir schätzen den Beitrag der Kirchen und Religionsgemeinschaften für ein gutes Miteinander in Baden-Württemberg und wollen auch künftig eng mit ihnen zusammenarbeiten. Wir treten Gewalt und Diskriminierung aufgrund von Religion oder Weltanschauung gemeinsam entgegen.

Wir schützen die jüdische Gemeinschaft in Baden-Württemberg.

Staat und Gesellschaft tragen eine historische und wertebasierte Verantwortung für den Schutz jüdischen Lebens. Wir werden nicht akzeptieren, dass Jüdinnen und Juden wieder Angst haben müssen in unserer Mitte, in unserem Land, zu leben. Für Antisemitismus gibt es in Baden-Württemberg keinen Platz – zu keiner Zeit, an keinem Ort, weder auf unseren Straßen noch in unseren Schulen und Universitäten oder am Arbeitsplatz.

Die Bekämpfung von Antisemitismus erfordert eine **konsequente Strafverfolgung**. Ebenso wichtig sind Maßnahmen in der **schulischen sowie politischen Bildung und die Beratung von Opfern antisemitischer Übergriffe**. Dies beinhaltet u. a. den Ausbau der zentralen Anlaufstelle gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben im Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) und eine Verstärkung von Stellen im Fachbereich Gedenkstättenarbeit bei der Landeszentrale für politische Bildung.

7.2 MIGRATION & INTEGRATION

Wir stehen zum unverhandelbaren Recht auf Asyl.

Die Welt ist in Bewegung – und sie wird es bleiben. Wir bekennen uns klar und uneingeschränkt zum individuellen **Recht auf Asyl und Schutz für von Verfolgung bedrohten Menschen**. Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Jeder Mensch, der nach Baden-Württemberg flüchtet, hat Anspruch auf ein faires und rechtsstaatliches Asylverfahren und effektiven Rechtsschutz.

Wir unterstützen die Kommunen bei der Unterbringung von Geflüchteten.

Es ist sinnvoll, dass die Kommunen die Unterbringung und Versorgung der geflüchteten Menschen organisieren. Sie sind am nächsten an den Menschen und organisieren den Zusammenhalt vor Ort. Das Land muss allerdings die notwendige finanzielle Unterstützung bieten und langfristige Planungen treffen. Wir stehen dafür, eine **dauerhafte Finanzierung von Integrations- und Unterbringungsmaßnahmen mit den Kommunen** zu vereinbaren und das **Integrationsmanagement** gesetzlich zu verankern. Insbesondere fordern wir verbindliche Mindeststandards in der Anschlussunterbringung samt Kofinanzierung der Umsetzung durch das Land.

Wir fördern die Arbeits- und Ausbildungschancen von Geflüchteten.

Baden-Württemberg braucht endlich eine **umfassende Standortkonzeption mit zusätzlichen Landeserstaufnahmeeinrichtungen** (LEAs). Die LEAs müssen mehr sein als bloße Unterbringung und werden dementsprechend ausgestattet: Wohngruppen statt Massenunterkünfte, Zugang zu psychosozialer Beratung und Rechtsberatung, Dolmetscher:innen und Kultur-, Sprach- und Freizeitangeboten. Das bedeutet auch, dass die LEAs nicht außerhalb der Stadt oder Gemeinde, ohne Kontakt oder gute ÖPNV-Verbindung zum Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens, angesiedelt werden sollen. So lässt sich auch verantworten, dass Menschen ohne Bleiberecht dort bis zu ihrer Ausreise bleiben können und nicht auf die Städte und Gemeinden verteilt werden. Außerdem müssen die Ausländerbehörden in Baden-Württemberg grundsätzlich neu strukturiert werden. Für eine langfristige Verbesserung der Situation, insbesondere in der Personal- und Entscheidungspolitik, wollen wir ein **Landeseinwanderungsamt** schaffen.

Menschen, die Schutz brauchen, die sich anstrengen, sich mit unserer Unterstützung integrieren und ein Teil unserer Gesellschaft werden wollen, sollen eine faire Chance bekommen und bleiben dürfen. Wir wollen die **Arbeits- und Ausbildungschancen von geflüchteten Menschen fördern**, indem die Wohnsitzauflagen im Einzelfall erleichtert werden können. Wir bekennen uns zum Kümmerer-Programm.

Wir fordern den **Ausbau der Kapazitäten von Erstaufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete mit besonderen Schutzbedarfen**. Die Betreuung durch queere und Frauen-Beratungsstellen über die Erstaufnahme, vorläufige Unterbringung und Anschlussunterbringung hinweg soll ermöglicht werden. Dazu braucht es auch ein landesweites Gewaltschutzkonzept mit rechtlich verbindlichen Regeln, das alle Unterbringungsformen und insbesondere

geschlechterspezifische Gewaltformen, wie Zwangsprostitution oder *FGM/C*¹⁴, umfasst.

¹⁴ Weibliche Genitalverstümmelung

Die **Ausreisepflicht** von Menschen, die nicht freiwillig ausreisen und in besonderer Weise bei Menschen, die erhebliche Straftaten begehen, werden wir konsequent durchsetzen. Wir unterstützen die wertvolle Arbeit der Härtefallkommission, die vielen gut integrierten Menschen eine Chance auf einen Aufenthaltstitel gibt. Wir wollen wieder zurück zur guten Praxis der vergangenen Jahre und den meisten Empfehlungen der Härtefallkommission folgen, die sich mit den Antragsstellern intensiv auseinandergesetzt haben und gut integrierten Menschen eine Perspektive geben.

Wir beschleunigen die Anerkennung ausländischer Abschlüsse.

Baden-Württemberg ist ein Einwanderungsland. Das wollen wir fördern. Integration und Inklusion sind zentrale Bausteine einer gerechten Gesellschaft und nicht zuletzt essenziell für die baden-württembergische Wirtschaft. Nicht Deutsch sprechenden Kindern wollen wir so früh wie möglich den **Zugang zu integrativen Angeboten** ermöglichen, um ihre Bildungschancen zu gewährleisten. Deshalb setzen wir landesweite Kampagnen und Kommunikationspakete für Kommunen um, die Einbürgerungsprozesse bewerben und erklären. Dazu gehört auch die Unterstützung jährlicher Einbürgerungsfeiern. Verwaltungsprozesse, die die Zukunft von Menschen signifikant beeinflussen, müssen niedrigschwellig zugänglich sein.

Die Hürden für den Zuzug von ausländischen Fachkräften wollen wir abbauen. Die **Anerkennung ausländischer Abschlüsse** durch das Land **beschleunigen und vereinfachen** wir. Das **Integrationsmanagement** soll als Teil der sozialen Arbeit anerkannt und rechtlich geschützt werden. So wird sichergestellt, dass die Beratungstätigkeit aus der Perspektive der Klient:innen erfolgt. Wir setzen uns dafür ein, dass Förderbedingungen und -nachweise für Landkreise und Kommunen flexibler werden. Wir wollen mehr Personal in diesem Bereich, um eine engere Betreuung zu gewährleisten. Regelmäßige Weiterbildung der Integrationsmanager:innen fördert die fachlichen Kompetenzen und Supervision.

Für Geflüchtete führen wir perspektivisch ein **einstufiges Integrationsverfahren mit integrierter Sozialberatung** ein, in dem alle Leistungen aus einer Hand kommen. Sozialverbände können so eine Betreuung ohne Lücken sicherstellen, die über verschiedene Ebenen und Abläufe verstetigt und verzahnt ist.

Wir stellen **herkunftssprachlichen Schulunterricht unter staatliche Verantwortung** – statt wie bisher unter die der Konsulate. Islamische Seelsorge in Gefängnissen bieten wir verbindlich an. Religion kommt beim Gelingen von Integration eine große Bedeutung zu, deshalb unterstützen wir **interreligiöse Formate**.

Wir schaffen Anreize für Vereine, bei der Integration zu helfen.

Integration gelingt am besten im Vereinsleben. Vereine werden durch finanzielle Anreize und bürokratische Erleichterungen motiviert, gezielt auf Neuankommende zuzugehen. Wir setzen uns für eine gezielte Förderung der Vereine bei der Aufnahme von Neuankommenden ein, um die Integration zu vereinfachen und zu beschleunigen.

7.3 JUSTIZ

Wir behalten alle Amtsgerichte bei und beschleunigen Verfahren.

Ein verlässlicher Rechtsstaat schützt die Freiheit und sorgt dafür, dass Gesetze für alle gelten. Er garantiert Sicherheit, Gerechtigkeit und faire Verfahren, auf die sich alle Bürger:innen gleichermaßen verlassen können.

Wir geben eine **Standortgarantie für alle Amtsgerichte** im Land, damit alle Menschen in Baden-Württemberg wohnortnah und barrierefrei zu ihrem Recht kommen. Zu diesem Zweck stehen wir auch an der Seite der Anwaltschaft im Land, um überall angemessene anwaltliche Beratung sicherzustellen.

Wir machen uns für eine konsequente **Ausweitung des beschleunigten Verfahrens** auf ganz Baden-Württemberg stark, damit der Grundsatz „die Strafe muss auf dem Fuße folgen“ überall gleichermaßen gilt.

Wir weiten das **Offenburger Modell** aus, sodass Straftaten gegen Einsatzkräfte der Polizei, der Feuerwehr und anderer Rettungskräfte landesweit konsequenter verfolgt werden. Außerdem richten wir eine **Schwerpunktstaatsanwaltschaft Rechtsextremismus** ein, da politische Hass- und Gewaltkriminalität sowie Propagandadelikte weiter zunehmen.

Wir stellen 80 zusätzliche Staatsanwälte:innen ein.

Wir sehen uns in der Verantwortung, Gerichte und Staatsanwaltschaften personell und technisch bestens in die Lage zu versetzen, Recht zu schaffen und durchzusetzen. Wir sorgen in der Landesregierung dafür, dass das Land Baden-Württemberg den mit der Bundesregierung vereinbarten „Pakt für den Rechtsstaat“ konsequent umsetzt und **schnell Personal aufbaut**. Dies beinhaltet auch die **Stärkung der Geschäftsstellen** in den Land- und Amtsgerichten sowie in der Fachgerichtsbarkeit. Im ersten Schritt stellen wir 80 zusätzliche Staatsanwälte:innen ein. So gewährleisten wir eine bessere und schnellere Strafverfolgung und Umsetzung von Urteilen.

Damit die baden-württembergische Justiz im Kampf um die besten Köpfe nicht weiter zurückfällt, überspringen wir die ersten beiden Stufen der R-Eingangsbesoldung

und erhöhen die Unterhaltsbeihilfe für Rechtsreferendar:innen. Tarifangestellte in Justiz und Strafvollzug sollen künftig ebenso gut bezahlt werden wie Beamte:innen. Jurastudierende im Staatsexamensstudiengang sollen künftig – ohne ein zusätzliches Studium zu absolvieren – einen Bachelorabschluss erhalten, wenn sie scheinfrei sind und das universitäre Schwerpunktstudium absolviert haben. Spätestens mit erfolgreicher Einführung der E-Akte kennen wir die Personalbedarfe besser und schließen Lücken. Wir werden die Ausweitung der E-Akte auf das Gerichtsvollzieherwesen prüfen und IT-Schnittstellen verbessern, um reibungslose Abläufe zu garantieren. Wir investieren in eine moderne IT-Ausstattung und Schulungen für das Justizpersonal, damit dauerhaft flächendeckende und sichere digitale Verhandlungen durchgeführt werden können und die Justiz auf die Einführung von Online-Verfahren vorbereitet ist.

Wir richten in allen Landgerichtsbezirken Häuser des Jugendrechts ein.

Im Bereich der Kriminalprävention richten wir in allen 17 Landgerichtsbezirken **Häuser des Jugendrechts** ein, in denen Delikte minderjähriger Beschuldigter durch Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendhilfe gemeinsam bearbeitet werden. Zudem unterstützen wir eine **Ausweitung des Täter-Opfer-Ausgleichs** und des Strafvollzugs in freier Form als dritte Säule im Strafvollzugssystem. So eröffnen wir jungen Menschen die Chance auf ein straffreies Leben in Freiheit.

Wir modernisieren den Strafvollzug und verbessern die Resozialisierung.

Der Justizvollzug hat zunehmend mit einer hohen Auslastung und einem veränderten Alltag in den Justizvollzugsanstalten zu kämpfen. Drogenschmuggel, psychische Erkrankungen und eine Radikalisierung unter Gefangenen gehören auch in Baden-Württemberg zum Alltag. Im Interesse der Bediensteten und der Insassen stocken wir daher **Personal** auf. Außerdem nehmen wir den **Umgang mit psychischen Erkrankungen und Maßnahmen zur Deradikalisierung** stärker in den Blick. Wir wollen die Resozialisierung stärken und in der Bewährungshilfe Stellen ausbauen. Zudem muss die Sanierung und Modernisierung von Justizvollzugsanstalten vorangetrieben und, wo nötig, neu gebaut werden, etwa das Justizvollzugskrankenhaus.

Wir stehen zur richterlichen Präsidialverfassung, die den politischen Einfluss bei Einstellungen in der Justiz beschränkt. Dies stärkt die richterliche Unabhängigkeit und macht die Justiz verfassungsfest.

Wir schützen Institutionen unseres Rechtsstaats wirkungsvoll vor extremistischer Einflussnahme oder Unterwanderung, zum Beispiel indem wir die **Wahl von Schöff:innen und ehrenamtlichen Richter:innen transparenter** machen. Wir setzen uns im Bundesrat für eine Reform der Schöffenwahl ein, um künftig eine paritätische Besetzung der

Kammern zu erreichen und damit die Vielfalt und Repräsentativität in der Rechtsprechung zu stärken.

Auch der Verfassungsgerichtshof braucht Schutz vor Einflussnahme und Behinderung durch Extremist:innen.

Wir verankern gesetzliche Regelungen zum Ausscheiden von Berufsrichter:innen. Wir stellen sicher, dass Blockaden des Spruchkörpers durch eine **Sperrminorität¹⁵** im Landtag unmöglich sind.

Personen, die wegen Volksverhetzung oder dem Verwenden verfassungsfeindlicher Kennzeichen rechtskräftig verurteilt wurden, müssen von der Wählbarkeit ausgeschlossen werden können. Wir werden darüber hinaus alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um die kommunale Selbstverwaltung vor Verfassungsfeind:innen zu schützen.

¹⁵ Wenn im Landtag für bestimmte Entscheidungen, z. B. bei der Wahl eines Gremiums, zwei Drittel der Stimmen nötig sind, kann eine Minderheit diese Beschlüsse blockieren.

Umwelt, Klima, Energie & Mobilität

WEIL DIE ZUKUNFT ALLEN MENSCHEN GEHÖRT.

Baden-Württemberg steht vor der größten Herausforderung unserer Zeit: der sozialökologischen Transformation. Die Klimakrise, der Verlust der Artenvielfalt und die Abhängigkeit von fossilen Energieimporten bedrohen unsere Lebensgrundlagen, unseren Wohlstand und unseren sozialen Zusammenhalt. Gleichzeitig eröffnen sich viele neue Chancen für gute Arbeitsplätze, innovative Technologien und eine lebenswerte Zukunft. Als SPD wollen wir diesen Wandel mutig und gerecht gestalten. Unser Ziel bleibt die **Klimaneutralität bis 2040**. Die grün-schwarze Landesregierung ist derzeit weit von diesem Ziel entfernt. Wir werden den notwendigen Aufholkurs einschlagen – ökologisch verantwortlich, wirtschaftlich stark und sozial gerecht. Klimaneutralität ist dann erfolgreich, wenn die Interessen der Arbeitnehmer:innen, der Wirtschaft und der Industrie berücksichtigt werden.

8.1 UMWELT, KLIMA & ENERGIE

Wir machen beim Ausbau der erneuerbaren Energien Tempo.

Der Schlüssel zur Klimaneutralität ist der massive **Ausbau erneuerbarer Energien**. Nur so sichern wir eine unabhängige, bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung. Wir halten an dem Ziel fest, **80 Prozent erneuerbare Energien an der Bruttostromerzeugung bis 2030** zu erreichen, und schaffen dafür die notwendigen Voraussetzungen. Die grün-schwarze Landesregierung hat dieses selbstgesteckte Ziel de facto verfehlt.

Wir schaffen mehr Flächen für Windkraft und Photovoltaik.

Die Verfügbarkeit von Flächen ist die wichtigste Voraussetzung für den Ausbau und die Nutzung erneuerbarer Energien. Das **Flächenziel für die Windkraftnutzung und Photovoltaik** heben wir von 2 Prozent je Region auf 3,2 Prozent landesweit an, um genügend Standorte zu ermöglichen. Über den Landesforst werden Flächen für Windkraft vergeben. Kommunale und interkommunale Projekte werden dabei bestmöglich integriert oder berücksichtigt, sodass kein finanzieller Interessenskonflikt zwischen Behörden entsteht. Ebenso soll das Land Flächen finden, kaufen und genehmigungsrechtlich vorbereiten, um sie für den Bau von erneuerbaren Energie-

erzeugungsanlagen (Freiflächen-Photovoltaik, Windkraft, Energiespeicher und Wasserstoff) zu verpachten. Auch hierbei sollen kommunale Werke oder gemeinwohlorientierte Investoren bestmöglich berücksichtigt werden. Wir schaffen einen **Flächenpool für Freiflächen-Photovoltaik**, um deutlich mehr Projekte zu ermöglichen, insbesondere entlang der Verkehrswege. Mit seinen rund 8.000 Landesliegenschaften kann das Land das volle Potenzial für Photovoltaik-Anlagen ausschöpfen.

Wir treiben den Ausbau von Netzen und Speichertechnologien voran.

Die Energiewende gelingt nur, wenn wir den Ausbau der erneuerbaren Energien mit einer modernen Infrastruktur verbinden. Wir investieren in Stromnetze, Speicherlösungen und Ladeinfrastruktur für die Verkehrswende. An erster Stelle steht dabei der **Ausbau der Verteil- und Übertragungsnetze**. Energienetze werden konsequent in die Raumplanung integriert und Genehmigungsverfahren digital und effizient gestaltet. Das Land muss aktiv in den **Netzausbau** einsteigen, um die Strompreise stabil zu halten: Geringere Kosten für Investoren führen zu niedrigeren Netzentgelten – und damit zu günstigeren Strompreisen für alle. Die Einführung von intelligenten Stromzählern (mit **Smart-Meter-Gateway¹⁶**), die entscheidend für eine gelingende Energiewende sind, wollen wir beschleunigen.

¹⁶ Verbindet den Stromzähler z. B. mit Energieversorgern. Das Gateway sorgt dafür, dass Messdaten sicher übertragen werden.

Gleichzeitig fördern wir **Speichertechnologien**. Ob Batteriespeicher in Wohnhäusern, Quartierspeicher in Neubaugebieten oder kommunale Großspeicher: Sie alle leisten einen wichtigen Beitrag zur Netzstabilität und Versorgungssicherheit. Wir schaffen ein **Förderprogramm**, das besonders dezentrale Lösungen in Kommunen fördert. Innovative Speicher wie **Redox-Flow-Systeme¹⁷** oder Wasserstofflösungen müssen gezielt unterstützt werden.

¹⁷ Wiederaufladbarer Energiespeicher, der vor allem für große Speicher eingesetzt wird.

Wir sorgen für eine flächendeckende Ladeinfrastruktur für E-Autos.

Wir stehen hinter den EU-Klimazielen im Verkehrssektor und der Elektromobilität als wichtiger Zukunftstechnologie. Deshalb brauchen wir verfügbare, bezahlbare und netzverträgliche Ladesäulen im ganzen Land. Wir beschleunigen den **Ausbau der Ladeinfrastruktur** in Baden-Württemberg deutlich, insbesondere im ländlichen Raum, in Quartieren mit Geschosswohnungsbau und auf Landesliegenschaften. Wir bauen außerdem die Ladeinfrastruktur für Nutzfahrzeuge zu einem flächendeckenden Netz aus. Nach Möglichkeit sind Synergien zwischen der Ladeinfrastruktur verschiedener Verkehrsträger (PKW, LKW, Bus, Schiff) zu nutzen.

Wir stellen die Verfügbarkeit von grünem Wasserstoff im ganzen Land sicher.

Wasserstoff wird eine Schlüsselrolle für die Industrie und beim Erhalt von Arbeitsplätzen im Land spielen. Wir unterstützen gezielt grünen Wasserstoff und regionale Elektrolyse-Projekte. Wir stellen sicher, dass Wasserstoff in wenigen Jahren im ganzen Land verfügbar ist. Die **terrane**ts** bw** soll zur **Infrastrukturgesellschaft des Landes** auf- und ausgebaut werden. Wir wollen den **Aufbau eigener Erzeugungskapazitäten** (Elektrolyseure) für Wasserstoff im Land unterstützen. Gleichzeitig stärken wir Projektpartnerschaften mit Investoren im Ausland.

Wir gestalten die Wärmewende sozial gerecht.

Wir stehen für eine Wärmewende, die nicht nur ökologisch notwendig, sondern auch sozial gerecht ist. Das kommunale und genossenschaftliche Wärmenetz wird zur tragenden Säule der Wärmewende in Baden-Württemberg. Die Kommunen und Stadtwerke brauchen jetzt Planungssicherheit und Unterstützung bei der Umsetzung ihrer vorliegenden Wärmeplanungen. Wir setzen auf **zinsgünstige Darlehen der L-Bank und Bürgschaften** für den Aus- und Neubau von Wärmenetzen. Überdies nehmen wir die Versorgungsunternehmen – insbesondere auch die EnBW als größten Energieversorger in Baden-Württemberg – in die Pflicht, **bezahlbare Alternativen** zur Verfügung zu stellen. Wir wollen, dass so viele Menschen wie möglich Zugang zu sauberer, bezahlbarer Wärme aus öffentlichen oder gemeinwohlorientierten Netzen bekommen.

Wir fördern die **Umstellung bestehender Netze auf erneuerbare Quellen** wie Solarthermie, Tiefengeothermie, Großwärmepumpen und industrielle Abwärme. Wir flankieren die Energiewende im Land mit einer sozial gerechten Anschlussförderung und ergänzenden Landesprogrammen. Mit **Staffelmodellen für Geringverdienende und Härtefallfonds** stellen wir sicher, dass Klimaschutz nicht zur sozialen Überforderung führt. Denn Klimaschutz gelingt nur, wenn alle mitgehen können.

Die Landesenergieagentur KEA-BW bauen wir zu einem **aktiven Planungs- und Beratungszentrum** aus, das Kommunen unterstützt. Wir entwickeln eine Fachkräftestrategie für Netzplanung, Rohrleitungsbau, Geothermie, Speichertechnik und kommunale Energietechnik. Dabei binden wir Hochschulen, Handwerk und Verwaltung ein.

Wir beteiligen Bürger:innen an Energieprojekten.

Die SPD macht die Energiewende im Ländle zum **Gemeinschaftsprojekt**. Sozial gerecht, demokratisch und wirtschaftlich. Wir holen die Menschen mit ins Boot – mit Beteiligung, Fairness und Respekt vor Lebensrealitäten. Wir setzen auf Bürgerenergieprojekte, Energiegenossenschaften, Mieterstrommodelle und kommunale Beteiligung. **Planungs- und Genehmigungsverfahren** werden wir **beschleunigen und effizienter gestalten**. Ebenso beteiligen

wir die Wirtschaft und die Gewerkschaften. Wir schaffen **Investitionssicherheit** für Betriebe, die sich auf den Pfad der Transformation machen.

Wir stärken den Umwelt-, Natur- und Ressourcenschutz.

Für uns als SPD ist Umwelt- und Naturschutz ein zentrales Versprechen sozialer und generationengerechter Politik. Wir wollen, dass alle Menschen unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Wohnort Zugang zu sauberer Luft, gesunden Lebensräumen und Erholung in einer intakten Natur haben. Wir setzen nicht auf Verbote, sondern auf Beteiligung, Ausgleich und Investitionen.

Wir schützen die **Biodiversität** im Land aktiv. Die landesweite Biodiversitätsstrategie bauen wir aus. Wir unterstützen Blühflächen, naturnahe Wälder, Moore und Gewässer mit gezielten Programmen. Wer Flächen pflegt und Arten schützt, soll dafür angemessen entlohnt werden. **Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe in die Natur** werden besser umgesetzt und kontrolliert. Unsere Landwirtschaft ist dabei Partnerin, nicht Gegnerin. Wir wollen eine **Naturpflege, die Hand in Hand mit Land- und Forstwirtschaft funktioniert**, mit verlässlichen Regeln und fairer Förderung. Wir fördern die Wiedervernässung von Mooren, den Waldumbau und den Schutz der Gewässer. Gleichzeitig wollen wir den Flächenverbrauch reduzieren.

Wir verstehen Umweltpolitik nicht als Hindernis für wirtschaftliche Entwicklung, sondern als echten Standortvorteil. Deshalb investieren wir in **ökologische Infrastruktur** – von Schwammstädten über Grünzüge und urbane Wälder bis hin zur Renaturierung. Gleichzeitig setzen wir auf Ressourcenschonung, Kreislaufwirtschaft und ökologische Innovationen in der Industrie, mit klaren Rahmenbedingungen und Anreizen.

Wir bringen Landwirtschaft und Umweltschutz gerecht unter einen Hut.

Wir bekennen uns zu den landwirtschaftlichen Betrieben in unserem Land. Im Vergleich zu anderen Bundesländern ist unsere Landwirtschaft vielfältig und die Betriebe in der Regel kleinteiliger. Diese Vielfalt wollen wir erhalten und die Förderung gezielt hierauf ausrichten. Insbesondere unsere Sonderkulturen und der Weinbau stehen vor großen Herausforderungen und brauchen bessere Rahmenbedingungen. Wir wollen, dass jede Landwirtin und jeder Landwirt gut von seiner Arbeit leben kann. Daher stärken wir die Betriebe gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel und der Lebensmittelindustrie. Reine Symbolpolitik, wie der Strategiedialog der Landesregierung, überführen wir in konkrete und messbare Ergebnisse.

Baden-Württembergs Landschaft ist durch den hohen Anteil landwirtschaftlicher Flächen eng mit den Landwirten des Landes verbunden. Daraus ergibt sich eine Verantwortung der Landwirt:innen gegenüber der Gesellschaft, aber auch eine Verantwortung der Gesellschaft für unse-

re Landwirt:innen. Partnerschaftlich wollen wir für Natur, Umwelt und Landwirtschaft eintreten. Wir wollen die Landwirtschaft so stark wie möglich entbürokratisieren und damit sowohl Behörden als auch Landwirt:innen entlasten. Dazu wollen wir ein „Vorwärts-Landwirtschaft-Gesetz“ auf den Weg bringen, welches mit möglichst wenig landesrechtlichen Vorschriften auskommt und Berichtspflichten und Bürokratie deutlich reduziert. Dies führt zu einer deutlichen Entlastung bei unseren Landwirt:innen. Wir wollen das FIONA-Portal zur zentralen Anlaufstelle aller Anträge und Förderungen im landwirtschaftlichen Bereich ausbauen und die Bedienung deutlich vereinfachen. Der Klimawandel birgt neue und vor allem unkalkulierbare Risiken für unsere Landwirtschaft. Um sie gegen Extremwetter und damit auch gegen wirtschaftlich tödliche Naturereignisse abzusichern, schlagen wir vor, einen Extremwetterfonds einzurichten, der die Betriebe bei massiven Wetterereignissen auffängt und ihnen etwas von der Planungssicherheit zurückgibt, die ihnen der Klimawandel genommen hat.

Wir wollen das FAKT-Programm massiv ausbauen und die Beantragung vereinfachen. Zusätzlich wollen wir den Vertragsnaturschutz fördern und die Planbarkeit für Betriebe in Bezug auf Naturschutz weiter erhöhen. Mit einer Landesinitiative für **Agroforstsysteme**¹⁸ fördern wir eine attraktive Agrarumwelt- und Klimamaßnahme.

¹⁸ Bäume und Sträucher werden in die Landwirtschaft einbezogen, statt sie zu fällen.

Wir stehen für eine Politik, die Gesellschaft und Landwirtschaft wieder näher zueinander bringen soll. Deshalb wollen wir uns für die Einführung eines Freiwilligen Landwirtschaftlichen Jahres einsetzen, das ähnlich einem FSJ oder FÖJ auf ausgewählten Höfen mit Vorbildcharakter absolviert werden kann.

Das Jahr soll explizit FAJ heißen, Freiwilliges Agrar-Jahr. Es soll sowohl der Landwirtschaft als auch der Gesellschaft Raum für den Austausch bieten und das Verständnis für landwirtschaftliche Prozesse und Abläufe steigern.

Wir fördern landwirtschaftliche Betriebe und stärken die Lebensmittelversorgung.

Durch die Förderung unserer landwirtschaftlichen Betriebe stärken wir die Lebensmittelversorgung. Dabei verbinden wir Nachhaltigkeit, Umweltschutz und Ernährungssicherheit. Für mehr Nachhaltigkeit bekämpfen wir Lebensmittelverschwendung bei der Außer-Haus-Verpflegung.

Wir kümmern uns um einen ganzheitlichen Tierschutz.

Viele Tierhalter:innen kümmern sich liebevoll um ihre Tiere. Dies gilt ausdrücklich für Landwirtschaft und Privathaushalte. Leider gibt es aber auch schwarze Schafe. Die Landesregierung hat sich in den vergangenen Jahren stets durch Wegschauen und nicht durch aktives Handeln bemerkbar gemacht. Dies wollen wir ändern. Wir wollen

eine aktive Kontrolle von Tiertransporten und Tierhaltung. Präventiv legen wir besonderes Augenmerk auf die Beratung und Unterstützung unserer landwirtschaftlichen Betriebe. Mit einer Pflicht zur Registrierung von Hunden und Katzen schützen wir Haustiere.

Wir treten illegalem Welpenhandel aktiv entgegen und haben die flächendeckende Umsetzung der Katzenschutzverordnung im Land im Blick. Die wertvolle Arbeit von Tierschutzvereinen und Tierheimen leidet immer mehr unter Platzmangel und hohem Kostendruck, etwa bei Tierarztkosten. Wir helfen mit einem Förderprogramm „Zukunft Tierschutz“ bei der Unterbringung von Fundtieren.

Wir stärken der Verbraucherzentrale den Rücken.

Wir stärken die Arbeit der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg. Immer höhere Lebensmittelpreise, das Aufkommen von „Mogelpackungen“ und unlautere Geschäftspraktiken verteuern das Leben aller in Baden-Württemberg. Daher braucht es eine starke Verbraucherzentrale, die dezentral vor Ort und digital erreichbar ist. Wir bekennen uns ausdrücklich zu einer auskömmlichen Finanzierung der Verbraucherzentrale und ihrer Arbeit.

Wir schützen unsere Wälder und vergrößern deren Fläche.

Der Wald erfüllt viele Aufgaben. Er dient dem Wasserkreislauf, Boden- und Grundwasserschutz, ist ein Ökosystem mit zahllosen Lebensgemeinschaften und reguliert unser Klima. Er hat daneben eine große wirtschaftliche Bedeutung als Holzlieferant und für die Energieversorgung. Der Wald ist Teil unserer Kultur und ein wichtiger Erholungsraum. Gesunde Wälder binden CO₂.

Wir wollen daher alles tun, um für einen gesunden und intakten Wald zu sorgen, der auch im Klimawandel und bei Dürre und Sturm bestehen kann. Dazu muss er schonend zu einem Wald umgebaut werden, der an wärmeres Klima angepasst ist und Artenvielfalt schützt. Wir wollen die **Waldfläche vergrößern**. Der **Waldumbau** soll so weit wie möglich durch natürliche Verjüngung erfolgen. Heimische, zumindest europäische Baumarten sollen dominieren. Die Rot- und Rehwildbestände müssen auf ein Maß reduziert werden, das eine Waldverjüngung nicht behindert.

Die Forstverwaltung und ForstBW müssen personell und finanziell in die Lage versetzt werden, die Aufgaben des Waldnaturschutzes, der Waldpädagogik und der Beratung aller Waldbesitzer:innen umfassend zu erfüllen.

Wir machen unsere Infrastruktur krisenfest.

Wenn wir nichts ändern, geraten Trinkwasserversorgung, Landwirtschaft und Ökosysteme unter Druck. Sozialdemokratische Politik sorgt dafür, dass Wasser als öffentliches Gut erhalten bleibt. Wir machen die Infrastruktur krisenfest. Entscheidungen darüber werden demokratisch und transparent gestaltet.

Wir räumen Trinkwasser Vorrang vor industrieller Nutzung ein.

Wir reformieren das Landeswassergesetz und drängen auf eine bundesweite Anpassung des Wasserhaushaltsgesetzes. **Trinkwasser hat Vorrang:** Diese Priorität wird rechtsicher festgeschrieben, auch bei Konkurrenz für Industrie oder Bewässerung. Gleichzeitig schaffen wir klare Regeln für Wiederverwendung (Grauwasser), Speicher und Versickerung.

Wir stärken die Umweltbildung in den Schulen.

Diese Maßnahmen ermöglichen ein gesundes Leben und machen uns widerstandsfähiger gegen die Folgen von Klima- und Umweltveränderungen. Die Klimaziele erreichen wir nur gemeinsam mit den Menschen und nicht gegen sie. Deshalb müssen alle in die Lage versetzt werden, diese mitzutragen. Gerade bei Klimaanpassungsmaßnahmen achten wir auf die **soziale Dimension** und haben besonders gefährdete Gruppen im Blick. Damit dies in unserer Gesellschaft gelingt, braucht es Teilhabe, Bildung und Haltung. Deshalb stärken wir **Umweltbildung in Schulen, Kitas und der Erwachsenenbildung** und unterstützen bürgerschaftliches Engagement. Wer sich einbringt, soll unterstützt und gehört werden. Wir stellen die Weichen für ein gerechtes, klimaneutrales, zukunftsgerichtetes und lebenswertes Baden-Württemberg.

8.2 MOBILITÄT

Unsere Mobilität muss bezahlbar und klimafreundlich sein. Daher stärken wir den Öffentlichen Verkehr, die Schiene sowie klimafreundliche Güterverkehre und sanieren unser Straßennetz. Wir sorgen für sicheren Rad- und Fußverkehr. Mobilität ist Freiheit. Sie ermöglicht Teilhabe an Gesellschaft, Arbeit und Bildung. Deshalb kämpfen wir für eine Mobilität, die sozial gerecht, ökologisch nachhaltig und zukunftsweisend ist. Wir setzen die Verkehrswende konsequent um.

Wir schließen die Lücken im ÖPNV-Netz.

Mobilität ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie muss für alle bezahlbar, **zuverlässig und klimafreundlich** sein. Das Landesmobilitätsgesetz optimieren wir zu einem Gesetz, das Land und Kommunen bei der Umsetzung nachhaltiger Mobilität stärken und zusätzliche Instrumente zur Finanzierung, wie etwa die Arbeitgeber:innenabgabe, schaffen soll. Bis 2030 wollen wir bestehende **Angebotslücken in der gesamten Fläche des Landes schließen** und so Mobilität für alle garantieren.

Wir nutzen alle Spielräume des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG), um **Bahnstrecken zu elektrifizieren** und Verbindungen wiederzubeleben. Auch die Planungskosten übernimmt das Land. An der Finanzierung des Landes-GVFG aus Landesmitteln halten wir fest, ohne

Kürzungen für die Kommunen. Die Verkehrsfinanzierung des öffentlichen Verkehrs muss neu strukturiert und vereinfacht werden. Sie muss sicherstellen, dass ein gutes Angebot im 15-Minuten-Takt in Städten und im 30-Minuten-Takt in ländlichen Räumen umgesetzt ist. Wir machen öffentlichen Verkehr zur kommunalen Pflichtaufgabe. Daraus folgt, dass das Land Haushaltsmittel bereitstellen muss. Diese große Aufgabe wollen wir als strategischen Prozess mit den Beteiligten im öffentlichen Verkehr angehen und bis Ende der Legislatur eine umsetzbare Strategie erarbeiten.

Die Aufgaben der Verkehrsverbünde verändern sich durch Angebote wie das Deutschlandticket und durch die Digitalisierung. Diesen Wandel gestalten wir aktiv – gemeinsam mit den zuständigen Aufgabenträgern in Landkreisen und Kommunen. Unser Ziel ist ein **landesweiter Verkehrsverbund für ganz Baden-Württemberg**. Damit wird der Nahverkehr effizienter, gerechter in der Tarifgestaltung und vor allem komfortabler für die Fahrgäste. Zudem überprüfen wir die Aufgaben der Dachorganisation NVBW konsequent auf Konzentration und Wirtschaftlichkeit.

Wir sichern das **Deutschlandticket langfristig ab** und ergänzen es um ein **landesweites Sozialticket**, das besonders Menschen mit geringem Einkommen mobil hält: sozial gestaffelt, fair finanziert und preisstabil.

Wir wollen das Jugendticket Baden-Württemberg wieder auf das bewährte Modell eines 365-Euro-Tickets umstellen. **Junge Menschen sollen für nur einen Euro pro Tag im ganzen Land unterwegs sein können:** einfach, günstig und klimafreundlich. Gleichzeitig setzen wir uns auf Bundes- und Landesebene dafür ein, dass Preissteigerungen im öffentlichen Nahverkehr verhindert werden.

Wir werden das Angebot an Nachtbussen zwischen Städten mit Nachtleben und dem ländlichen Umland finanziell unterstützen, erhalten und ausbauen. Für Orte, in denen ein regelmäßiger ÖPNV nicht realisierbar ist, unterstützen wir die Schaffung von infrastrukturell passenden Angeboten wie Ruftaxis oder das Bilden von Fahrgemeinschaften (beispielsweise per App). Bereits vorhandene Projekte bauen wir weiter aus.

Für verlässliche Züge im ganzen Land schließen wir Verträge ab, die hohe Standards bei Pünktlichkeit, Sauberkeit und Sicherheit garantieren. Wir investieren in emissionsarme Busflotten, moderne barrierefreie Bahnhöfe und die Digitalisierung der Schiene.

Auch regelmäßiger Fährverkehr auf den Flüssen und Seen in unserem Land gehört für uns zum ÖPNV. Wir schaffen die Voraussetzungen für eine Integration dieser in den bwTarif und werden dort, wo Fährverbindungen Aufgaben des Schienenverkehrs wahrnehmen, diese als Land finanzieren.

Wir treten bei der Sanierung der Straßen aufs Gas.

Straßen bleiben ein zentraler Bestandteil des Alltags und sind wichtig für die regionale Wirtschaft. Unser Grundsatz bleibt dabei: **Sanierung vor Ausbau, Erhalt vor Neubau**. Unser Fokus liegt auf der **Modernisierung von Brücken, Tunneln und Straßen**, die in vielen Regionen dringend saniert werden müssen. So sichern wir Mobilität, ohne unnötig neue Flächen zu versiegeln.

Planungsverfahren müssen **schneller und effizienter** werden. Deshalb setzen wir die Planungsbeschleunigung des Bundes aktiv um – mit mehr Personal, weniger Bürokratie und klaren Prioritäten. Gleiches gilt für den Bundesverkehrswegeplan. Dafür bauen wir die Planungs- und Umsetzungskapazitäten des Landes gezielt wieder auf, welche nach dem Kompetenzverlust durch die Autobahn GmbH verloren gegangen sind.

Führerscheine müssen bezahlbar bleiben, vor allem auch für Bus- und LKW-Fahrer:innen, die wir für die Versorgungssicherheit brauchen. Junge Menschen sind in ländlichen Gebieten auf einen Führerschein angewiesen, verfügen gleichzeitig jedoch nur über geringe Einkommen. Hier wollen wir gezielt entlasten. Wir unterstützen die Initiative des Bundes zur **Vereinfachung und Vergünstigung von Führerscheinen**.

Wir sorgen für vernetzte Mobilität in Stadt und Land.

Wer zu Fuß geht oder mit dem Fahrrad fährt, bewegt sich klimafreundlich, gesund und platzsparend. Wir wollen, dass **Rad- und Fußverkehr immer mitgedacht werden** – bei Neubauten, Sanierungen und Stadtentwicklung. Wir investieren gezielt in den Radwegbau. Wir wollen Lücken schließen, Kommunen verbinden und Alltagsrouten sichern. Der **Ausbau von Radschnellwegen** wird beschleunigt.

Wir fördern die **vernetzte Mobilität** im Land mit Bike&Ride, Park&Ride und On-Demand-Verkehren. Das macht Fortbewegung ohne eigenes Auto einfacher und attraktiver, besonders dort, wo der Linienverkehr an seine Grenzen stößt.

Bürgerbusse und lokale Initiativen erhalten unsere volle Unterstützung, auch bei den Betriebskosten. Gerade im ländlichen Raum zeigen sie, wie viel Lebensqualität in gemeinschaftlicher Mobilität steckt.

Wir setzen die Gleichstellung auch in der Mobilität durch.

Frauen und Männer haben unterschiedliche Mobilitätsbedürfnisse und Verkehrsmittelwahl. Dies betrifft die Länge und Komplexität der Wege, das Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum und das Verkehrsverhalten. Unser Verkehrssystem behandelt diese Bedürfnisse unterschiedlich. Deshalb wollen wir im Verkehr wirksame Maßnahmen für mehr Geschlechtergerechtigkeit umsetzen. Dafür werden

wir die notwendigen personellen und finanziellen Kapazitäten bei Land und Kommunen schaffen. Heute sind Entscheider:innen im Verkehr häufiger Männer als Frauen. Wir werden deshalb in der Aus- und Weiterbildung von Verkehrsplaner:innen, Straßenbauingenieur:innen etc. die Themen Gleichstellung und Geschlechterperspektiven integrieren. Bei der Fachkräftegewinnung sowie der Besetzung von Führungspositionen werden wir gezielt Frauen werben.

Wir setzen auf einen klimafreundlichen Güterverkehr.

Die Wirtschaft in Baden-Württemberg braucht zuverlässige und klimafreundliche Transportwege. Wir setzen auf nachhaltige, moderne Logistik und eine sinnvolle Aufteilung zwischen Straße, Schiene, Wasser und Luft.

Straßen entlasten – Schienen stärken: Mehr Güterverkehr soll auf die Schiene verlagert werden. Wir schaffen dafür die notwendigen Rahmenbedingungen und die passende Infrastruktur. Initiativen des Landes zur Förderung dieser Verlagerung wollen wir gezielt ausbauen.

Keine LKW-Maut auf Landes- und Kreisstraßen: Eine solche Maut würde vor allem den Mittelstand und die regionale Wirtschaft in Baden-Württemberg belasten. Gleichzeitig unterstützen wir sinnvolle Erweiterungen von Strecken für Lang-LKW.

Die Wasserstraßen Rhein und Neckar bleiben das Rückgrat nachhaltiger Logistik. Wir halten am **Ausbau und an der Sanierung der Neckarschleusen** fest – von Plochingen bis Mannheim. Nur so können mehr Güter klimafreundlich auf das Schiff gebracht und die Straßen entlastet werden. Der Klimawandel betrifft auch die Schifffahrt auf unseren Flüssen. Hier werden wir Konzepte erarbeiten und umsetzen, die den Schiffsverkehr auch in der Zukunft am Laufen halten.

Wir entwickeln ein landesweites Luftverkehrskonzept.

Der Flugverkehr soll klimafit und zukunftsfähig werden. Dafür entwickeln wir ein **landesweites Luftverkehrskonzept**, das alle Flughäfen einbezieht. Ziel ist es, dass die baden-württembergischen Flughäfen bis 2040 netto treibhausgasneutral sind. Für Kurzstreckenflüge wird es in unserem Luftverkehrskonzept keine Anreize geben. Wir prüfen die Möglichkeit höherer Gebühren für Luxusprivatflüge. Beim Fluglärm steht der Mensch im Mittelpunkt: Wir setzen uns für **besseren Lärmschutz** und eine faire **Beteiligung** der betroffenen Regionen ein.

Wir wollen Seilbahnen als ergänzendes, klimafreundliches Verkehrsmittel im ÖPNV stärken. Gerade in Hanglagen oder dicht besiedelten Gebieten bieten sie neue Chancen für bessere Anbindung und weniger Verkehr. Wir fördern Planung, Bau und Integration von Seilbahnen in den Nahverkehr.

Digitalisierung

WEIL KEIN MENSCH

ABGEHÄNGT WERDEN DARF.

Wir vollenden den Ausbau mit Glasfaser-Internet.

Schnelles Internet ist heute wie Strom und Wasser: Ohne verlässliche Bandbreite bleiben Homeoffice, Telemedizin und digitales Lernen unerreichbar. Wer auf dem Land lebt, darf keine Nachteile mehr haben.

Unser Plan: Bis 2030 bekommt jedes Haus, jede Wohnung und jedes Unternehmen die Möglichkeit, einen Glasfaseranschluss (FTTH) zu erhalten. Ein „vermeintlich gigabitfähiges“ Kupferkabel reicht nicht mehr aus. **Glasfaser** wird Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Einen Überbau von bestehenden Glasfasernetzen lehnen wir ab. Den marktgetriebenen Ausbau der Telekommunikationsunternehmen wollen wir enger begleiten. Gleichzeitig wollen wir den geförderten Glasfaserausbau weiterführen.

Wir stellen lückenloses 4G im ganzen Land sicher.

Unterwegs erreichbar zu sein rettet Leben, stärkt die Wirtschaft und hält Regionen lebendig. Funklöcher sind längst nicht mehr hinnehmbar. Wir stellen lückenloses 4G sicher – besonders im ländlichen Raum. Bereits heute streben wir eine flächendeckende 5G-Versorgung an. Hierzu werden wir die Einhaltung der Versorgungsaufgaben durch die Mobilfunkversorger streng kontrollieren und anhand der tatsächlichen Nutzererfahrung überprüfen. Gleichzeitig wollen wir eine landeseigene Digital-Infrastrukturgesellschaft schaffen, die Mobilfunksendeanlagen errichtet und diese auf Landesliegenschaften ermöglicht.

Wir digitalisieren die wichtigsten Behördengänge.

Behördengänge kosten Zeit und Nerven. Digital erledigt, sparen Menschen Fahrten, Porto und Arbeitsausfall. Wir konzentrieren uns auf die 80 Prozent der meistgenutzten Leistungen im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes – wie Ausweis, Führerschein, Meldewesen, Bauantrag, Elterngeld – und bringen sie innerhalb von fünf Jahren online. Fachministerien liefern dazu die entsprechenden Verfahren, Kommunen schalten sie mit wenigen Klicks frei. Digitalisierung braucht Mut: Wir setzen auf vollständig digitalisierte Prozesse (Ende-zu-Ende-Digitalisierung) und bauen gleichzeitig landesweite „Digitale Bürgerstellen“, die Papierformulare digitalisieren oder als Verwaltungslotsen bei Online-Anträgen helfen. So bleibt niemand zurück.

Baden-Württemberg muss das führende Land in der Verwaltungsdigitalisierung werden. Gerade mit Blick auf die

große Zahl der Mitarbeitenden im öffentlichen Dienst, die innerhalb der nächsten Jahre in den Ruhestand eintreten, ist es essenziell, die Modernisierung der Landes- sowie der Stadt- und Gemeindeverwaltungen voranzubringen. Statt Individuallösungen braucht es einheitliche Standards, die flächendeckend und konsequent umgesetzt werden: Einführung der E-Akte, papierlose Verwaltungsarbeit, digitale Kollaborationstools, kompatible digitale Systeme sowie die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes 2.0. Diese Maßnahmen erhöhen die Effizienz und Servicequalität der Verwaltung, aber auch die Attraktivität für Arbeitnehmer:innen. Hier bedarf es Anreize einer gezielten Innovationsförderung, Agilität im Verwaltungsalltag, pragmatisch-unbürokratischer Lösungen und einer schlanken Digitalisierungsstrategie für die Kommunen – initiiert durch das Land.

Das Land setzt dort auf Open-Source-Lösungen, wo sie für die öffentliche Verwaltung einen klaren Mehrwert bieten. Die digitale Souveränität des Landes wird zu einem zentralen Leitprinzip. Dazu gehört auch, dass der Staat eigens entwickelte Software grundsätzlich als offenen Code bereitstellt und so Transparenz, Sicherheit und Innovation unterstützt. So haben kleine und mittelständische Unternehmen und die heimische Digitalwirtschaft die Möglichkeit, die Digitalisierung unseres Landes mitzugestalten. Gleichzeitig setzen wir auf praxistaugliche, wirtschaftliche und nutzerfreundliche Lösungen, die den Verwaltungsalltag zuverlässig unterstützen.

Wir schaffen ein eigenes Ministerium für Digitales & Kommunen.

Land und Kommunen brauchen eine zuverlässige, moderne IT, die Daten sicher vernetzt – ohne Abhängigkeit von einzelnen Anbietern. Wir schmieden eine Public-Public-Private-Partnerschaft mit baden-württembergischen Mittelstandsfirmen. BitBW, Komm.One, die kommunalen Rechenzentren und das Landesrechenzentrum stellen gemeinsam offene Schnittstellen bereit und gewährleisten den Datenaustausch. Sie veröffentlichen gebrauchsfertige Datenschutzdokumentationen, Dienstleistungs- und Verzeichnisse, die alle Kommunen kostenfrei übernehmen können. Anbieter, die öffentliche IT liefern, verpflichten sich, Daten jederzeit in die Hoheit der Behörden zurückzugeben und Plattformwechsel zu unterstützen – keine Silos, keine Lock-ins.

Zur Umsetzung streben wir an, die Digitalisierungskompetenz und -koordination auch innerhalb der Landesre-

gierung ressortübergreifend zu bündeln. So gelingt die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung als starker Ansprechpartner für Wirtschaft und Gesellschaft.

Damit die Umsetzung gelingt, braucht es eine starke Stimme am Kabinetttisch. Deshalb fordern wir ein Ministerium für Digitales & Kommunen, welches Digitalisierungskompetenz und -koordination innerhalb der Landesregierung ressortübergreifend zu bündelt. So gelingen der Ausbau der Infrastruktur und die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung.

Wir stellen die Datensouveränität der Sicherheitsbehörden wieder her.

Falls Polizei oder andere Sicherheitsbehörden Analyseplattformen zur Ermittlungsunterstützung einsetzen, muss deren Nutzung vollständig nachvollziehbar und überprüfbar sein. Eine menschliche Kontrolle des gesamten Analysevorgangs muss jederzeit gewährleistet sein. Die Verarbeitung persönlicher Daten von Opfern und Zeug:innen ist auszuschließen. Die Datensouveränität muss allein beim Land liegen; jegliche Möglichkeit der Datenabführung muss ausgeschlossen und technisch nachweisbar verhindert werden. Da die Software von Palantir diese Anforderungen nicht erfüllt, lehnen wir ihren Einsatz ausdrücklich ab. Damit bekennen wir uns zu einem rechtsstaatlichen, grundrechtskonformen und transparenten Einsatz digitaler Technologien im Bereich der öffentlichen Sicherheit.

Wir fördern und schützen den Qualitätsjournalismus der Lokalredaktionen.

Vielfältige und unabhängige Medien sind entscheidend für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Digitalisierung darf den Journalismus nicht ausdünnen. Ein **Landesfonds für Qualitätsjournalismus** unterstützt Investitionen in Lokalredaktionen und fördert gemeinnützigen Journalismus. Plattformen, die Nachrichten sortieren, müssen ihre Kriterien offenlegen. Regionale Inhalte dürfen nicht verloren gehen. Medien- und Nachrichtenkompetenz vermitteln wir in Schulen und Volkshochschulen, um Desinformation und Hassrede entgegenzuwirken. Wir unterstützen die Einführung einer Digitalabgabe, die die großen Plattformen der Big-Tech-Konzerne in Verantwortung nimmt. Ebenso stärken wir die Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg, um eine bessere Förderung der Film- und Games-Branche im Land zu erreichen. Um unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und diese Wachstumsbranche in Baden-Württemberg zu halten, wollen wir hier endlich zur Spitzengruppe der Bundesländer aufschließen.

Wir stärken die **Landesanstalt für Kommunikation** insbesondere in dem Bereich, der sich Hetze und Desinformation im Netz entgegenstellt und Medienkompetenz fördert. Zudem soll sie so ausgestattet werden, dass sie die notwendige technische Infrastruktur für eine breite Medien-

vielfalt im Land sichern kann. Für eine starke Demokratie ist auch ein leistungsfähiger und effizienter öffentlich-rechtlicher Rundfunk im Land unerlässlich.

Wir verankern dauerhaft ein festes Digitalbudget im Landeshaushalt.

Digitalisierung gelingt nur mit klarer Verantwortung und verlässlichen Mitteln. Wir setzen uns für institutionelle Neuerungen ein, um ressortübergreifend für Fortschritt zu sorgen. Zwei Prozent des Landeshaushalts werden als dauerhaftes Digitalbudget festgesetzt. Ein jährlicher Fortschrittsbericht misst Ausbau, Servicequalität und Nutzerzufriedenheit – damit Bürger:innen sehen, dass es vorangeht.

Wissenschaft & Forschung

10.

WEIL MENSCHEN NICHT ZU VIEL WISSEN KÖNNEN.

Wissenschaft braucht Freiheit, Forschung braucht Innovation – beides ist unverzichtbar für Baden-Württemberg. Hochschulen sollen eigenständig darüber entscheiden können, ob sie eine Zivilklausel in ihrer Grundordnung verankern. Unser Land ist ein führender Wissenschaftsstandort in Europa, den wir sichern und weiter ausbauen wollen.

Wir machen Baden-Württemberg zum Innovations-Hotspot.

Baden-Württemberg ist Innovationsland und braucht dafür technologischen und wissenschaftlichen Fortschritt. Um auch in Zukunft Heimat von Spitzenforschung und Hochtechnologie zu sein, wollen wir die Innovationskraft unseres Landes erhalten und ausbauen – auch durch die Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder. Hier nimmt Baden-Württemberg mit aktuell vier von bundesweit zehn Exzellenzuniversitäten und einem Exzellenzverbund sowie zwölf von bundesweit 57 Exzellenzclustern eine führende Rolle ein. Wir stehen zu den Innovationscampusmodellen CyberValley, Health and Life Science Alliance, Quantum BW, sowie dem Innovationscampus Nachhaltigkeit und dem Innovationscampus Mobilität der Zukunft. Sie sind zentrale Orte der interdisziplinären Forschung und treiben Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz und Quantencomputing voran.

Wir verbessern den **Zugang zur Forschungsinfrastruktur für kleine und mittlere Unternehmen** und werben mit Programmen internationale Forschende an. Baden-Württemberg soll sicherer Hafen und Magnet für Forschende und Wissenschaftler:innen aus aller Welt sein. Wer aus autoritären oder illiberalen Staaten flieht, soll bei uns eine neue akademische Heimat finden. Wir schaffen gezielte Anreizprogramme, erleichtern Visa- und Berufsanerkenntnisverfahren und fördern internationale Berufungsnetzwerke. So entstehen Innovation, Wachstum und ein Land, das von Weltoffenheit und Forschungsfreiheit lebt. Wir wollen Ausgründungen aus Hochschulen erleichtern und fördern. Dafür stärken wir gezielt das Gründungs-Ökosystem im Land und stellen etwa Gründer:innen ein „**Extra-Jahr**“ für die **Start-up-Gründung** zur Verfügung.

Wir wollen die arbeitsorientierte Wissenschaft in Baden-Württemberg stärken und richten dazu nach dem Vorbild anderer Bundesländer eine **Kooperationsstelle „Wissenschaft und Arbeitswelt“** ein.

Wir schaffen die Studiengebühren gänzlich ab.

Wir schaffen die **Studiengebühren für internationale Studierende und für das Zweitstudium** ab. Studiengebühren sind ein Standortnachteil für Baden-Württemberg. Sie erschweren den Zugang zu Bildung und verschärfen den Fachkräftemangel. Während bundesweit die Zahl internationaler Studierender zunimmt, stagnieren sie in Baden-Württemberg. Den Wegfall der Einnahmen werden wir aus dem Landeshaushalt ersetzen.

Wir weiten die Unterstützung für Studierende aus.

Ein erfolgreicher Wissenschaftsstandort lebt von seinen Studierenden. Gleichzeitig sind die Studierenden in Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren durch Corona und Inflation zunehmend unter psychischen und finanziellen Druck geraten. Dem wollen wir mit aller Kraft entgegenwirken.

Die Studierendenwerke spielen eine zentrale Rolle bei der sozialen Infrastruktur und der Verpflegung an den Hochschulen. Wir wollen eine **verlässliche finanzielle Unterstützung für die Studierendenwerke** schaffen. Über den Solidarpakt Studierendenwerke soll diese regelmäßig angepasst werden und zusätzlich einen einmaligen Inflationsausgleich enthalten. Zusätzlich zum Bundesprogramm „Junges Wohnen“ schießen wir Landesmittel in mindestens der gleichen Höhe zu und beschleunigen Verfahren, um bis 2031 den **Anteil der Studierenden mit Wohnheimplätzen zu verdoppeln**. Eine Kopplung der Vergabe von Wohnheimzimmern an Wohnberechtigungsscheine lehnen wir ab. Studierende sollen ein ausreichendes **Angebot an psychotherapeutischen Beratungsstellen** erhalten. Die **Digitalisierung in den BAföG-Ämtern** beschleunigen wir. Aktuell werden die Bearbeitungskosten nicht vollständig gedeckt und deshalb aus studentischen Beiträgen finanziert. Die Kosten der BAföG-Bearbeitung muss vollständig vom Land übernommen werden. Wir führen eine Fiktionsbescheinigung für BAföG-Anträge ein: Wenn Studierende nach sechs Wochen noch keinen Bescheid bekommen haben, erhalten sie automatisch 80 Prozent des ihnen voraussichtlich zustehenden Betrags ausgezahlt.

Wir überwinden den Sanierungsstau bei den Hochschulen.

Das Modell der Hochschulfinanzierungsvereinbarung hat sich bewährt. Sie bietet unseren Hochschulen und Universitäten eine verlässliche Grundfinanzierung über mehrere Jahre. Den Anteil der Grundfinanzierung an der Gesamtfinanzierung wollen wir wieder erhöhen.

Wir wollen den **Sanierungsstau** an den Hochschulen und den vier Universitätskliniken im Land **überwinden**. Die Reform der Schuldenbremse und zusätzliche Bundesmittel bieten die Chance, diesen Rückstand endlich anzugehen. Wir verkürzen Planungs- und Bauzeiten durch weniger Bürokratie und beschleunigen Prozesse in der Hochschulverwaltung durch Digitalisierung. Wir unterstützen den Zusammenschluss der Universitätsklinika Heidelberg und Mannheim zu einem Klinikverbund. Dieser Verbund ist ein wichtiger Schritt hin zu einer besseren medizinischen Versorgung und bündelt Kompetenzen in der Metropolregion Rhein-Neckar. Außerdem unterstreicht er die Zukunftsfähigkeit beider Standorte als bundesweite Leuchttürme in Forschung und Lehre und stärkt den Innovationscampus Health & Life Science Alliance. Wir stehen zum eigenen **Pflege-Tarifvertrag für die Universitätskliniken**. Wir bekennen uns zur Fortsetzung des Zukunftsvertrags „Studium und Lehre stärken“ über 2028 hinaus.

Wir verbessern die Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft.

Die Hochschulen in Baden-Württemberg müssen gute und sichere Arbeitgeberinnen sein, die Karrieren planbar machen. Wir setzen uns für den Ausbau von unbefristeten Stellen im akademischen Mittelbau ein. Für Daueraufgaben müssen Dauerstellen geschaffen werden. Wir stärken **Weiterbildungsmöglichkeiten** im Rahmen bestehender Beschäftigungsverhältnisse. Um motivierte Lehr- und Forschungskräfte dauerhaft für den akademischen Betrieb zu gewinnen, sind **klare berufliche Perspektiven** sowie die **Vereinbarkeit von Familie und Forschung** entscheidend. Dazu zählen auch die wissenschaftlichen Hilfskräfte. Deshalb setzen wir uns für einen **Tarifvertrag und Mitbestimmung für studentische Beschäftigte** an den Hochschulen in Baden-Württemberg ein. Für Promotionsstellen schaffen wir einen rechtsverbindlichen Rahmen, der sicherstellt, dass mindestens 50 Prozent der Arbeitszeit der wissenschaftlichen Qualifizierung zugute kommen. Gemeinsam mit den Personalvertretungen und Hochschulleitungen entwickeln wir einen **Kodex für gute Arbeit** an den Hochschulen in Baden-Württemberg.

Wir stärken die Mitbestimmung der Studierenden.

Die Hochschulen in Baden-Württemberg sollen Orte gelebter Demokratie und politischer Bildung sein. Damit Studierende stärker mitbestimmen können, wollen wir **studentische Prorektor:innen** einführen und das **politische Mandat der Studierendenvertretungen** wiederherstellen. Auch fakultätsübergreifende Wahllisten bei Senatswahlen sollen möglich werden. Wir setzen uns für eine gleichberechtigte Vertretung aller Statusgruppen in den zentralen Gremien ein. Hochschulen sollen in ihrer Grundordnung festlegen dürfen, dass die Wahl studentischer Mitglieder durch die **Verfasste Studierendenschaft**¹⁹ erfolgt.

¹⁹ Die rechtlich anerkannte Selbstverwaltung der Studierenden an einer Hochschule.

Um Machtmissbrauch besser zu verhindern, entwickeln wir gemeinsam mit den Hochschulen **wirksame Schutzkonzepte**, richten Ansprechpersonen für Betroffene ein und streben eine zentrale Beschwerdestelle auf Landesebene an. Ein besonderer Fokus liegt auf dem Schutz vor sexualisierter Gewalt – mit klaren Regeln in den Hochschulen und einer Verankerung entsprechender Maßnahmen im Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsrecht.

Wir empowern die Hochschulen für angewandte Wissenschaften.

Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW) sind die Ausbildungsmotoren für praxisorientierte Talente und Bildungsaufsteiger:innen. Sie sind entscheidend für den Wissenstransfer in die Regionen. Wir wollen daher die **Forschungsmittel der HAWen erhöhen**, das **Promotionsrecht ausbauen** und **Teilzeitprofessuren einführen**. Wir wollen eine **stärkere freiwillige Zusammenarbeit von Hochschulen und Universitäten** zur Nutzung von Synergien und Vermeidung von Doppelstrukturen. Wir wollen den Anteil der Arbeitszeit, den Lehrende für Forschung und den Austausch mit Gesellschaft und Wirtschaft einsetzen, flexibler gestalten. Gleichzeitig ermöglichen wir den HAWen den Aufbau von Personal abseits der Professur. Damit die Forschung in der Praxis ankommen kann, muss die Forschungsfinanzierung erhöht werden. Das Land muss sich etwa verpflichten, Förderungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu kofinanzieren.

Wir bauen das Angebot an dualen Studiengängen aus.

Die DHBW und das duale Studium sind baden-Württembergische Erfolgsgeschichten. Mit ihnen wurde es geschafft, eine akademische Ausbildung mit Praxiserfahrung zu verbinden. Hier wollen wir die Dezentralität stärken und weitere Studiengänge ermöglichen. Die Verzahnung in die Hochschullandschaft muss verbessert und der Anteil an festangestellten Professor:innen erhöht werden.

Kultur & Sport

WEIL DER MENSCH MENSCHEN BRAUCHT.

11.1 KULTUR

Die Kulturlandschaft in Baden-Württemberg steht unter enormem Finanzdruck. Wenngleich die Landesregierung Erhöhungen im Kulturretat verkündet, reichen diese nicht aus, um Tarifsteigerungen und gestiegene Betriebskosten zu kompensieren. Kommunen streichen Kulturförderung und das Land muss aufgrund der **Komplementärfinanzierung**²⁰ seine Zuschüsse im gleichen Maß reduzieren. Geschlossene Theater öffnen selten wieder, gestrichene Fördermittel lassen künstlerische Vielfalt versiegen, und kulturelle Teilhabe wird wieder zum Privileg. Die grün-schwarze Landesregierung hat es versäumt, die Kulturfinanzierung zukunftssicher zu gestalten und gefährdet so die reiche Kulturlandschaft Baden-Württembergs. Kultur ist zentraler Bestandteil unserer Gesellschaft und trägt zum Zusammenhalt und zur Demokratieförderung bei. Wir wollen Kunst und Kultur den Raum geben, den sie verdienen. Eine **verlässliche Finanzierung und transparente Förderung** bilden die Grundlage unserer Kulturpolitik.

Wir richten einen **Fördertopf für Investitionen in Kulturinstitutionen** ein, um zum Beispiel die Sanierung von Spielstätten zu unterstützen. Förderkriterien in der Kultur überprüfen wir. Dies gilt insbesondere für Privattheater, für die wir mehr Mittel zur Verfügung stellen wollen. Wir setzen uns für klare Kriterien bei der Vergabe von Fördermitteln ein. Wir legen Wert auf **Barrierefreiheit in Kulturorten**, die bei Sanierungen und Neubauten berücksichtigt werden muss. Die bisherigen Planungen der **Opernsanierung in Stuttgart** müssen neu bewertet werden. Statt einer teuren Zwischenlösung muss ein neues Opernhaus auf langfristig nutzbarem Gelände errichtet werden.

Wir bekennen uns zur historischen Verantwortung Baden-Württembergs und setzen auf **Provenienzforschung**, um **unrechtmäßig erworbene koloniale Kulturgüter zu identifizieren und zurückgeben** zu können. Wir unterstützen einen veränderten Umgang mit kolonial belastetem Sammlungsgut in Museen.

²⁰ Das Land und die Kommune finanzieren Kultur gemeinsam. Wenn eine Seite kürzt, muss die andere dies auch tun.

²¹ Die Herkunft und Geschichte eines Objekts wird untersucht, meist bei Kunstwerken oder Kulturgütern.

Wir stärken unsere Brauchtumpflege und eine diverse Kulturlandschaft.

Die SPD Baden-Württemberg steht für eine offene und diverse Kulturlandschaft. Ein **Förderprogramm für migrantische Perspektiven in Kunst und Kultur** stärkt die Repräsentation aller gesellschaftlichen Gruppen und fördert die Beteiligung von Künstler:innen mit Migrationsgeschichte. Vielfalt und Inklusion sichern wir durch die wichtige Arbeit des Zentrums für kulturelle Teilhabe Baden-Württemberg. Soziokulturelle Zentren spielen als Orte des Ehrenamts und der Nachwuchsförderung eine bedeutende Rolle.

Wir setzen uns für eine **Stärkung der Brauchtumpflege** in Baden-Württemberg ein. Unsere schwäbisch-alemanische Fastnacht als nationales UNESCO-Kulturerbe verdient besonderen Schutz und Förderung. Wir stärken die Breitenkultur – vom Chor und Musikverein über den interkulturellen Verein bis zum Schützenverein – durch **Entlastung bei Bürokratie und steigenden Kosten**. Nach dem Vorbild anderer Bundesländer schaffen wir eine Vereinbarung zur pauschalen **Übernahme der GEMA-Gebühren für ehrenamtlich geführte Vereine der Breitenkultur**.

Auch im **ländlichen Raum** müssen Kunst und Kultur zugänglich sein. Kleine Bühnen, Breitenkultur und neue Kulturorte fördern wir gezielt, um Dorfzentren wiederzubeleben und Gemeinschaft zu stärken.

Wir unterstützen **Nachtleben und Clubs**, die einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Vielfalt leisten. Programme wie „Popländ“ werden fortgeführt und weiterentwickelt. Wir ermöglichen und unterstützen Kulturschutzzonen. Wir stehen zum Konzept der Zwischennutzung leerstehender Gebäude und Programmen wie „FreiRäume“.

Ob Festivals, Museen, Literatur oder Tanz – wir erkennen den wichtigen Beitrag der Kultur für unseren Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg an.

Wir engagieren uns für mehr Tariflöhne in der Kulturbranche.

Die Arbeitsbedingungen für Kulturschaffende müssen verbessert werden. Wir stehen für eine **faire Bezahlung auf Basis tariflicher Regelungen**, insbesondere für Beschäftigte an Bühnen und in Orchestern.

Soloselbstständige Künstler:innen sind eine tragende Säule der Kulturlandschaft in Baden-Württemberg. Ihre Arbeit

muss stärker unterstützt werden, etwa durch die Ausweitung von Ausstellungshonoraren für freischaffende Kreative, die mit Landesmuseen oder anderen geförderten Kulturorten zusammenarbeiten. Wir streben an, **angemessene Honorare bei Projekten mit Landesförderung** als Voraussetzung zu etablieren. Darüber hinaus fördern wir die **Digitalisierung** der Arbeit von solselbstständigen Künstler:innen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Wir verbessern die kulturelle Bildung und machen die Landesmuseen kostenlos.

Kulturelle Bildung ist entscheidend für die Entwicklung unserer Gesellschaft. Allen Bürger:innen muss der Zugang zu Kunst und Kultur möglich sein. Wir wollen **freien Eintritt zu Dauerausstellungen in den Landesmuseen**. Wir setzen Kulturbotschafter:innen in Schulen ein, um kulturelle Werte zu vermitteln. Kooperationen zwischen Ganztagschulen und Kulturinstitutionen sollen Kunst und Kultur fest in der Bildung verankern. Wir führen einen landesweiten Kulturpass ein, mit dem allen jungen Menschen in Baden-Württemberg einmalig ein Guthaben von 100 Euro für Kulturangebote zur Verfügung steht.

Wir prüfen die Einführung eines **Landesbibliotheksgesetzes**, um Bibliotheken als Orte des lebenslangen Lernens, der Kultur und der Wissenschaft nachhaltig zu stärken.

11.2 SPORT

Wir bringen jedem Grundschulkind das Schwimmen bei.

Jedes Kind in Baden-Württemberg soll sicher schwimmen können – spätestens beim Abschluss der Grundschule. Schwimmen kann Leben retten. Deshalb fordern wir verbindliche Schwimmstandards und einen verpflichtenden Schwimmnachweis: das Deutsche Schwimmabzeichen in Bronze als Ziel für alle Grundschul Kinder.

Mit einem landesweiten Bäderprogramm investieren wir gezielt in den Bau und die Sanierung von Schwimm- und Lehrschwimmbecken. Um den Schwimmunterricht nachhaltig zu verbessern, werden Lehrkräfte gezielt aus- und fortgebildet. Ergänzend fördern wir mobile Schwimm Lösungen und bauen die Zusammenarbeit mit Schwimmvereinen und der DLRG aus. Denn: Schwimmen gehört zur Grundbildung und darf kein Privileg sein.

Wir führen in Kitas und Grundschulen tägliche Bewegungseinheiten ein.

Wir führen verbindliche tägliche Bewegungseinheiten in Kitas und Grundschulen ein, um die motorische und geistige Entwicklung von Kindern zu fördern. Die Umsetzung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit qualifizierten Übungsleiter:innen, Sportvereinen und Lehrkräften. So sichern wir ein zugängliches, hochwertiges Bewegungsangebot in allen Bildungsstätten.

Wir stärken die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Sportvereinen.

Sportvereine leisten einen unschätzbaren Beitrag zur körperlichen, sozialen und integrativen Entwicklung junger Menschen. Wir stärken die **Zusammenarbeit zwischen Schulen und Sportvereinen**, vor allem im Rahmen des Ganztags. Dafür schaffen wir langfristige Kooperationsmodelle mit fairer Vergütung für die Mitarbeitenden der Vereine. Lehrkräfte sollen ihre Stunden flexibel auch zur Unterstützung externer Sportangebote einsetzen können. So fördern wir Bewegung im ganzen Land und entlasten gleichzeitig das Ehrenamt.

Wir sanieren die Schwimmbäder und Sportanlagen in Baden-Württemberg.

Sportstätten sind Orte der Begegnung, der Bewegung und des Zusammenhalts. Doch viele Hallen, Vereinsheime und Sportplätze im Land sind in einem schlechten Zustand. Wir starten eine **umfassende Sanierungsoffensive für kommunale und vereinseigene Sportanlagen**. Das Land muss seine Förderung deutlich erhöhen. Bei Neubau und Sanierung wird barrierefreier Zugang verpflichtend mitgedacht. Unser Ziel: moderne, energetisch sanierte und inklusive Sportstätten, die allen Generationen offenstehen – vom Bolzplatz über das Schwimmbad bis zur Mehrzweckhalle. Dabei unterstützen wir vor allem Kommunen mit angespanntem Haushalt, benachteiligte Stadtteile und den ländlichen Raum.

Wir befreien Sportvereine von unnötiger Bürokratie.

Sportvereine brauchen **weniger Bürokratie** und mehr Zeit für ihre eigentliche Aufgabe: Sport und Gemeinschaft. Wir entlasten die Vereine durch **digitale Verfahren und landesweit einheitliche Standards**. Damit stärken wir das Ehrenamt und fördern die Vereinsarbeit nachhaltig.

Zugleich bieten wir Vereinen gezielte Unterstützung, um ihre Angebote stärker in die Bildungs- und kommunalen Strukturen einzubinden. Durch die Integration in Bildungsprogramme und die Zusammenarbeit mit Kommunen eröffnen sich neue Chancen, Kinder und Jugendliche für Bewegung zu begeistern. Das stärkt die gesellschaftliche Bedeutung der Vereine weiter. Wir helfen Vereinen dabei, sich professioneller aufzustellen, mit mehr hauptamtlichen Stellen, die Entlastung und Entwicklung ermöglichen.

Ein weiterer Ansatz ist der gezielte Einsatz von Vereinsmitgliedern, die den schulischen Schwimmunterricht unterstützen, beispielsweise als ausgebildete Aufsichten. So entstehen zusätzliche berufliche Perspektiven und die Vereine werden personell gestärkt.

Wir fördern gezielt die Inklusion und Integration im Sport.

Mit dem Förderprogramm „Sport verbindet“ unterstüt-

zen wir gezielt Vereine, die **integrative und inklusive Angebote** machen, zum Beispiel für Geflüchtete, Menschen mit Behinderung oder sozial benachteiligte Kinder. Sport muss für alle zugänglich sein, unabhängig von Herkunft, körperlicher Voraussetzung oder sozialem Status.

Wir erleichtern unseren Spitzensportler:innen das Berufsleben.

Junge Spitzensportler:innen brauchen verlässliche Perspektiven, sowohl im sportlichen als auch im beruflichen Bereich. Wir fördern **duale Karrieren durch Kooperationen mit Schulen, Hochschulen und Ausbildungsbetrieben**. Flexible Bildungsmodelle ermöglichen es, sportliche Leistung und Ausbildung miteinander zu verbinden.

Wir stärken die **Landesstützpunkte im Spitzensport** und halten damit auch die **Olympia-Stützpunkte**. Durch bessere Ausstattung und gezielte Förderung sichern wir sportliche Erfolge und schaffen faire Bedingungen für alle Talente in Baden-Württemberg. Wir fordern unabhängige landesweite Anlauf- oder Ombudsstellen für Gleichstellung und sexualisierte Gewalt, die auch für den Breitensport zugänglich sind.

Wir verbessern den Schutz von Sportler:innen vor missbräuchlichem Verhalten.

Der Schutz vor sexualisierter Gewalt im Sport hat höchste Priorität. Wir stärken Aufarbeitung, Aufklärung, Sensibilisierung und Prävention, um Grenzverletzungen früh zu erkennen und zu verhindern. Es bedarf klarer Verhaltensrichtlinien, verbindlicher Meldeverfahren und regelmäßiger Fortbildungen für alle Trainer:innen. Betroffene erhalten konsequenten Schutz und Unterstützung.

Mitbestimmung & Miteinander

WEIL JEDER EINZELNE MENSCH EUROPA AUSMACHT.

12.1 KOMMUNEN & LÄNDLICHER RAUM

Wir stehen für solides Wirtschaften.

Ohne verlässliche Einnahmen können Rathäuser keine Kitas bauen, keine Feuerwehr ausstatten und keine Klimaanpassung vorantreiben. Verschuldete Gemeinden verlieren Gestaltungskraft und büßen demokratische Glaubwürdigkeit ein. Solide Finanzen sind daher die Voraussetzung für jede andere kommunale Aufgabe.

Wir wälzen die Kosten der Landespolitik nicht auf die Kommunen ab.

Wer auf **Landesebene** neue Pflichten erlässt, finanziert sie künftig vollständig und dynamisch. Damit beenden wir den jahrelangen Kostendurchmarsch von oben nach unten, der Kassen leert und Bürgerdienste bedroht. Eine Verfassungsänderung schafft Rechtsklarheit und verhindert Dauerstreit vor Gericht. Ein Beispiel dafür sind die Mehrkosten des neuen Bundesteilhabegesetzes für Land- und Stadtkreise. Hier lässt die grün-schwarze Landesregierung die kommunale Ebene seit Jahren im Regen stehen und kommt ihren zugesagten Verpflichtungen nicht nach.

Wir bündeln Fördertöpfe und entlasten die Verwaltungen.

Heute füllen Kommunen oft zig Anträge für Mini-Förderprogramme aus. Künftig **bündeln** wir **Töpfe** und zahlen das Geld in wenigen großen Beträgen aus. Das schafft Planungssicherheit, reduziert Bürokratie und lässt Verwaltungen wieder Verwaltungen sein. Die „goldenen Zügel“ von Förderprogrammen werden gelöst, weil wir Vertrauen in die Entscheidungen kommunaler Gremien haben.

Wir stellen den Kommunen jährlich 300 Millionen Euro mehr bereit.

Wir **streichen Abzüge durch das Land** und leiten jährlich rund 300 Millionen Euro zusätzlich an Städte und Gemeinden weiter. Das Geld stammt aus den Überschüssen des Landes und wandert **direkt in örtliche Projekte**, statt in Landesrücklagen zu versickern. Davon profitieren besonders finanzschwache Kreise, die sonst beim Kita-Neubau oder der Turnhallensanierung ins Hintertreffen geraten.

Wir setzen einen kommunalen Investitionsfonds auf.

Kommunen schieben einen riesigen Sanierungsstau vor sich her. Das Sondervermögen im Bund ermöglicht eine schnelle und effektive Entlastung der Kommunen. Die im Land erzielte Einigung ist ein erster Schritt, reicht aber nicht aus. Wir fordern für die Kommunen zusätzlich weitere 500 Millionen Euro jährlich vom Land in den nächsten 12 Jahren. Das Land soll die neue Möglichkeit nutzen, Schulden aufzunehmen, um wichtige Investitionen zu finanzieren. Kommunen entscheiden selbst, ob sie damit zum Beispiel Photovoltaik auf Schuldächern finanzieren oder Bushaltestellen barrierefrei umbauen.

Wir bauen Bürokratie ab und streichen Doppelzuständigkeiten.

Wir werden eine Verwaltungsreform auf den Weg bringen – nicht als Selbstzweck, sondern als Konsequenz einer ehrlichen Aufgabenkritik. Wir werden systematisch aus dem Blickwinkel der Bürger:innen prüfen, welche Ebenen tatsächlich notwendig sind.

Wo es Doppelzuständigkeiten gibt, schaffen wir Klarheit statt Verwirrung, transparente Verantwortlichkeiten statt Kompetenzwirrwarr. Städte und Gemeinden sind die Orte, an denen Bürger:innen die Verwaltung tagtäglich erleben. Deshalb werden Städte und Gemeinden bei einer Verwaltungsreform nicht angetastet. Unsere Reform zielt auf eine übersichtliche, schlanke und leistungsfähige Verwaltung, die der Bürgerschaft serviceorientiert zur Verfügung steht. Verwaltungsgemeinschaften wollen wir stärken und über den kommunalen Finanzausgleich Anreize schaffen, damit auch kleinere Kommunen ihre Aufgaben effizient erfüllen können.

Wir ermöglichen mehr direkte Mitbestimmung.

Ein zukunftsweisendes Wahlrecht ist das Rückgrat jeder lebendigen Demokratie vor Ort. Zu oft jedoch führen zersplitterte Kommunalvertretungen dazu, dass tragfähige Mehrheiten fehlen und wichtige Entscheidungen auf der Strecke bleiben. Wir setzen uns daher für eine **Überarbeitung des kommunalen Wahlrechts** ein, das stabile Mehrheiten fördert. So werden die Interessen der Bürger:innen klar und wirksam vertreten. Gleichzeitig wollen wir **mehr direkte Mitbestimmung** ermöglichen: Die bewährten direktdemokratischen Instrumente der Gemeindeordnung sollen auch in der Landkreisordnung verankert werden. Von besonderer Priorität ist, dass auch Landrät:innen in

Zukunft direkt gewählt werden. Um handlungsunfähigen Kommunen wieder Perspektiven zu eröffnen, schaffen wir die Möglichkeit, amtierende (Ober-)Bürgermeister:innen bei fehlender Amtsausübung durch ein transparentes Abwahlverfahren abzusetzen. Für Kommunen mit über 100.000 Einwohnern ermöglichen wir, in Stadtteilen Ortsverfassungen zu etablieren oder Bezirksbeiräte direkt zu wählen. So stellen wir sicher, dass Verantwortung dort bleibt, wo sie hingehört: vor Ort, im Dienste der Gemeinschaft.

Wir machen die politische Einbindung Jugendlicher verpflichtend.

Demokratie beginnt vor Ort – in Städten und Gemeinden. Deshalb fordern wir, dass **Jugendbeteiligungsformate bei allen Themen ein verbindliches Antrags- und Rederecht im Gemeinderat** erhalten. Politische Beteiligung darf auch nicht vom Wohlwollen einzelner Verwaltungen abhängen. Deshalb sollen in allen Kommunen mit über 30.000 Einwohner:innen **Jugendgemeinderäte verpflichtend** eingerichtet werden. Auch in kleineren Gemeinden müssen Jugendforen verpflichtend sein.

Ebenso wollen wir landkreisweite Jugendbeteiligungsformate, die ein verbindliches Rede- und Antragsrecht im Kreistag erhalten. Junge Menschen müssen auf allen politischen Ebenen Gehör finden und ihre Anliegen wirksam einbringen können. Bei der Kommune und Landkreis hört für uns die Beteiligung jungen Menschen nicht auf.

Wir entscheiden nicht über die Köpfe der Jugendlichen hinweg.

Jugendliche sind die besten Expert:innen in allen Jugendfragen. Sie müssen deshalb stärker, direkter und verbindlicher in politische Entscheidungsprozesse auf Landesebene eingebunden werden. Die obersten Jugendgremien des Landes sollen zu allen jugendrelevanten Themen im Landtag und dessen Ausschüssen angehört werden, insbesondere bei Haushaltsberatungen, wenn es um Mittel für den Jugendbereich geht. So wird sichergestellt, dass die Perspektiven der jungen Generation nicht nur angehört, sondern auch verbindlich berücksichtigt werden.

Geplant ist die Einrichtung einer „Taskforce Jugend“ beim Staatsministerium, in der Vertreter:innen der Landtagsfraktionen, Delegierte von Jugendvertretungen sowie weitere Expert:innen gemeinsam wirksame Maßnahmen erarbeiten. Ziel ist es, der Jugend künftig eine strukturierte und dauerhafte Partizipation auf Landesebene zu ermöglichen. Die Ergebnisse werden dem Ministerpräsidenten vorgestellt und anschließend dem Kabinett zur Beschlussfassung vorgelegt.

Wir erleichtern die Gründung kommunaler Versorger.

Kommunale Unternehmen halten unsere Städte und Dörfer am Laufen: Sie liefern Strom, Wasser und Wärme, be-

treiben Busse, Kläranlagen und Netze, bauen Wohnungen und Glasfaser. Wenn die öffentliche Hand steuert, bleiben Gewinne im Ort, Preise fair und Entscheidungen demokratisch kontrollierbar. Wir ändern Landesrecht und Verwaltungsvorschriften so, dass **Kommunen Aufgaben selbst übernehmen** können. Der Vorrang privater Anbieter entfällt, stattdessen gilt das **Gemeinwohlprinzip**.

Verkaufsverbote und Rückkaufoptionen in Gemeindeordnungen sichern kritische Infrastruktur dauerhaft ab. Interkommunale Unternehmen sollen einfacher gegründet werden können. Das Land sorgt für Rechtsklarheit bei Inhouse-Vergaben und ermöglicht, dass Stadtwerke Wasser-, Wärme- und Energienetze gemeinsam planen. Gewinne bleiben in der Region und finanzieren zum Beispiel den nächsten Brunnen statt Dividenden.

Wir bieten Kommunen Landesbürgschaften für dringende Ausgaben an.

Über einen Beteiligungsfonds der L-Bank stellen wir gerade in Transformationsphasen Eigenkapital für Stadtwerke, Nahverkehrsunternehmen, kommunale Wohnungsunternehmen und andere kommunale Beteiligungsunternehmen bereit, die in dringende Zukunftsaufgaben investieren wollen. Landesbürgschaften senken Finanzierungskosten großer Investitionen. Zweckzuschüsse des Landes flankieren Klimaprojekte, digitale Netze oder Wohnungsbau und entlasten so die kommunalen Haushalte.

Wir halten die Lebensqualität in Stadt und Land hoch.

Daheim in Baden-Württemberg ist vielfältig. Unser Land ist geprägt durch seinen ländlichen Raum. Diesen wollen wir in seiner Identität erhalten und Potentiale heben. Mit uns wird es kein Abhängen des ländlichen Raums geben.

Die Lebensbedingungen in Stadt und Land sind unterschiedlich. Durch zielgerichtete Anreize und passende Rahmenbedingungen gleichen wir Schwächen aus und festigen die jeweiligen Stärken. Damit sorgen wir dafür, dass Bildung, Mobilität, medizinische Versorgung und Infrastruktur in der gesamten Fläche des Landes überzeugen und beheben so regionale Benachteiligung.

Wir sichern die digitale Anbindung auf dem Land.

Digitale Erreichbarkeit muss überall im Land sichergestellt sein. Wir stellen sowohl den Glasfaserausbau als auch die Versorgung mit Mobilfunk und mobilen Daten im ganzen Land sicher. Mit dem Digitalen Rathaus sichern wir die Erreichbarkeit aller Behördengänge in der Fläche unseres Landes.

12.2 EUROPA & INTERNATIONALES

Baden-Württemberg liegt in der Mitte und damit im Herzen Europas. Es zieht besonderen Nutzen aus dem EU-Binnenmarkt und der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Die Europäische Union stärkt unsere Wirtschaft und ist das Fundament für die Transformation der Industrie hin zu Zukunftstechnologien. Die europäische Zusammenarbeit erhält den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und sichert Arbeitsplätze sowie Wettbewerbsfähigkeit. Vor allem aber ist die EU auch ein Friedensprojekt und eine Werte- und Solidargemeinschaft, für die wir immer eintreten werden. Diese Gemeinschaft füllen wir mit der „Konferenz zur Zukunft Europas“ sowie durch Schüler:innen- und Studierendenaustauschprogramme und Städtepartnerschaften mit Leben.

Wir verbessern den Austausch mit unseren Nachbarländern.

Als Grenzland zu Frankreich, Österreich und der Schweiz intensivieren wir die Beziehung zu unseren Nachbarn. **Verkehrslücken** am Oberrhein zwischen Baden-Württemberg und dem Elsass **schließen wir**. Die **Bahnverbindungen** wie zwischen Stuttgart und Zürich stärken wir und bauen sie weiter aus. Wir setzen uns dafür ein, dass das Deutschlandticket und das Baden-Württemberg-Ticket künftig auch für **grenzüberschreitende Verbindungen nach Frankreich und in die Schweiz** gelten. Wir streben eine **Harmonisierung der Tarifsysteme** in den Grenzregionen an. Wir setzen uns für die verstärkte Anbindung Baden-Württembergs an die **europäischen Nachtzüge** ein.

Auch im Bildungs- und Forschungsbereich wollen wir Europa stärker leben. **Austauschprogramme** sollen nicht nur Studierenden, sondern auch **Schüler:innen aller Schularten und Auszubildenden** angeboten werden. Wir stärken den **Austausch in der Forschung über Landesgrenzen** hinweg, etwa beim Thema Künstliche Intelligenz. Dasselbe gilt für die Förderung der **grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Kulturbereich**.

Wir begrüßen die ausverhandelten EU-Schweiz-Abkommen, weil sie uns noch enger mit unseren südlichen Nachbar:innen zusammenbringen. Wir setzen uns für ihre Ratifizierung ein. Wir wollen ein definitives **Ausstiegsdatum und endgültige Laufzeiten für die Schweizer Atomkraftwerke**. Die ältesten AKWs der Welt, Beznau I und II, müssen endlich abgeschaltet werden. Wir kämpfen dafür, dass das Land und die betroffenen Kommunen und Landkreise an der Entscheidung für ein **Schweizer Atommüll-Endlager** in der Grenzregion zu Baden-Württemberg gleichberechtigt beteiligt werden. Das gilt auch für den Ausbau des Flughafens Zürich.

Wir werden das Thema Frauen- und Menschenhandel verstärkt zum Thema im Rahmen der Donauraumstrategie machen. Grenzkontrollen bedeuten eine Belastung für unsere Grenzregionen. Sie dürfen nicht zur Dauerlösung werden. Die Freiheiten des Schengen-Raums sind eine große Errungenschaft der europäischen Einigung.

Wir kooperieren mit den anderen Hochburgen der Automobilindustrie.

Wir stärken die Rolle der „Vier Motoren für Europa“ als wirtschaftsstarke Regionen in der EU (Baden-Württemberg, Auvergne-Rhône-Alpes, Lombardei, Katalonien). Vor allem in den Bereichen **Forschung und Wirtschaft** intensivieren wir die **Zusammenarbeit**. Uns verbindet, dass wir industriestärke Regionen in der Transformation sind. Deshalb möchten wir auf EU-Ebene gemeinsam für unsere Interessen eintreten. Wir streben an, geschlossen für neue EU-Beihilfe-Regeln für die Automobilindustrie zu kämpfen. Die „Vier Motoren für Europa“ möchten wir auch auf parlamentarischer Ebene leben, mit Partnerschaften der Parlamente in den Regionen.

Wir stärken die Rolle der vier deutsch-amerikanischen Zentren.

Wir wollen – gerade jetzt – das transatlantische Verhältnis pflegen und dabei die Rolle der **vier deutsch-amerikanischen Zentren in Baden-Württemberg** stärken. Ebenso bauen wir die Kooperation und den Austausch mit den im Land stationierten US-Soldat:innen und ihren Familien aus.

Wir erhalten und optimieren die Entwicklungszusammenarbeit.

Wir wollen die Entwicklungszusammenarbeit in Baden-Württemberg erhalten und stärken. Dabei setzen wir auf die bewährten **Strukturen der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit (SEZ) und des Dachverbands Entwicklungspolitik (DEAB)**, der über 400 entwicklungspolitische Gruppen im Land vertritt. Das große, oftmals ehrenamtliche Engagement und die Fachkenntnisse aller Beteiligten sollen weiterhin unterstützt werden. Besonders wichtig ist uns auch die **Bildungsarbeit im Inland**, etwa in den Bereichen globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung. Die bestehenden **Länderpartnerschaften** wollen wir auf ihren Nutzen hin überprüfen. Die Regierungspartnerschaft mit Burundi setzen wir wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen aus – die zivilgesellschaftlichen Projekte unter dem Dach der SEZ können aber trotzdem weitergeführt werden.

